

Gazetendemokrat



der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Freitag, 26. Februar 1926.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Nr. 49.

Wenn die Arbeiterschaft einig wäre

Die sozialistische Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei, deutsche wie tschechische, hätte längst allen Anlaß gehabt, darüber nachzudenken warum in einem industriell so hochentwickelten Staate, wie es der tschechoslowakische ist, ihr Einfluß von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist, so daß er heute kaum mehr ausreicht, um die sich ständig mehrenden Anschläge der politischen und sozialen Reaktion abzuwehren. Der Abfall der nach dem Kriege zur Arbeiterbewegung gestoßenen Mittelschichten hat die sozialistische Wählermassen vermindert, aber er ist keine ausreichende Erklärung für die von jedem Arbeiter schmerzhaft empfundene Tatsache, daß die Wirkungsmöglichkeit der sozialistischen Parteien, der sozialdemokratischen und der kommunistischen, sehr geringe sind. Trotzdem die Verhältnisse im Staate dem Nationalismus und der Reaktion in die Hände gearbeitet haben, hat die Schluppe, welche unsere Partei bei den letzten Wahlen erlitt, auch nicht annähernd den Erwartungen unserer Massengegner entsprochen, die tschechischen Sozialdemokraten haben wohl ihre unheilvolle Koalitionspolitik mit schweren Opfern bezahlt, immerhin vermochten sie über 600.000 Stimmen aufzubringen, und unter Hinzurechnung der kommunistischen Stimmen stellt das proletarische Lager eine so bedeutende Macht dar, daß es nicht leicht zu verstehen ist, wenn die Ereignisse nun täglich zeigen, wie wenig diese Macht bei der Gestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse ins Gewicht fällt. Diese Wahrheit ist bitter, aber man muß sie erkennen, wenn man sie ändern will.

Wie anders aber kann sie geändert werden, als daß die proletarische Bewegung aus ihrer heutigen Uneinigkeit und Zerrissenheit herausgeführt wird? Die tschechischen Sozialdemokraten haben vom Augenblick der Gründung des Staates ihren Platz an der Seite ihres Bürgerums gesucht und sie haben dadurch den Grund zu jener verderblichen Zerrissenheit der sozialistischen Kampfbewegung gelegt, die der gesamten Arbeiterklasse später zu so schwerem Nachteile gereichen sollte. Auch wenn man volles Verständnis dafür hat, daß die tschechischen Sozialdemokraten in den ersten Jahren vor allem an die Sicherung, die Festigung, den Ausbau des Staates in demokratischem und sozialistischem Sinne dachten, so ist die Zeit, da ihre Mitarbeit in der Regierung diesen Zwecken dienen konnte, lange vorbei und ob sie es sich eingestehen oder nicht, sie dienen den bürgerlichen Parteien jetzt nur mehr als Schutzschild und Werkzeug ihrer reaktionären, arbeitereindlichen Ziele. Ihre Kräfte sind auf dem Altar der Koalition ausgeblutet, ohne daß ihre politischen Landesgenossen ihnen dafür Dank wüßten, dennoch wollen sie noch immer nicht einsehen, was selbst die ministerielle Partei einsehen mußte, daß nicht der Ministerialismus, wohl aber unter allen Umständen die Größe und der Kampfwille der hinter einer proletarischen Partei stehenden Masse, ihre Kraft und Stärke, ihre Erfolgsmöglichkeiten bestimmt. Den schlimmsten Reiz aber hat der Kommunismus in die proletarische Bewegung gebracht. Nicht nur, daß er der tschechischen Sozialdemokratie vielfach gerade den kampftüchtigsten, regsamsten und proletarisch gesinntesten Teil ihrer Anhänger und Führer genommen hat, wodurch die tschechische Partei immer mehr nach rechts gedrängt wurde, hat er auch durch seine seit Jahren fortgesetzte Wahl- und Geharbeit, die sich fast ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richtete, ohne dabei selber für die Arbeiterschaft das Geringste leisten zu können, zur Verbitterung und Misstrauensbildung großer Teile der Arbeiterschaft geführt. Der Kommunismus hat Viele mit der Verheißung angelockt, er werde das Tempo der Entwicklung zum Sozialismus beschleunigen, das ihrer Ungeduld ihnen bei der unter richtiger Einschätzung ihrer Kräfte kämpfenden Sozialdemokratie zu langsam erschien. Er hat nirgends, nicht einmal in Rußland, das Proletariat aus der Hölle des Kapitalismus herausgeführt, im Gegenteil, noch tiefer hineingezogen, denn durch seine die

Polen beansprucht offiziell den Ratsitz.

Gleichzeitig mit Deutschland. — Erklärungen Strzyski im Sejm.

Warschau, 25. Februar. In der Sitzung des Sejm hielt Ministerpräsident Strzyski bei der ersten Lesung der Ratifikation der Locarno-Verträge eine Rede, in der er sich über die Bedeutung der Verträge und über die aktuellen Fragen des Völkerbundes äußerte. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kann und soll, wenn nicht die Arbeiten des Völkerbundes erleichtern, so doch seine Aktivität stärken. Einen Stein des Anstoßes wird dabei die Frage der Rekonstruktion des Völkerbundes bilden. Deutschland soll eine durch Art. 4 der Völkerbundscharten für die alliierten Hauptmächte reservierte Stelle einnehmen. Im Geiste der Satzung versteht man unter der Bezeichnung „alliierte Hauptmächte“ nicht denjenigen, der einmal vermochte oder imstande war, die größte Zahl von Geschützen und Maschinengewehren hervorzuzaubern oder denjenigen, der in kürzester Zeit die größte Zahl von Flugzeugen bauen kann, sondern denjenigen, der ein erprobter Vorkämpfer der Demokratie und der Völkerfreiheit ist. Für uns kann die praktische Interpretation des Geistes der Völkerbundscharten nur zu Förderung der Zulassung Polens auf glei-

chem Fuße und gleichzeitig mit Deutschland führen. Locarno darf nicht neue Privilegien auf Kosten der Sicherheit anderer Länder schaffen. Wir wollen glauben, daß Herr Stresemann, der unter schweren innerpolitischen Bedingungen an der Politik der Versöhnung mitzuwirken verstanden hat, diese Schwierigkeiten besiegen wird.

Berlin, 25. Februar. Zu dem gestrigen Beschluß des Reichskabinetts, daß sich Reichsanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann als Vertreter des Reiches nach Genf begeben werden, finden sich in den Blättern noch einige ergänzende Mitteilungen: Die Abreise der deutschen Delegation wird, wie es in der „Vossischen Zeitung“ heißt, am 6. März erfolgen, denn am Sonntag, den 7. März sollen vertrauliche Besprechungen zwischen den Delegierten der Hauptmächte stattfinden, die sich vor allem auf die Frage der Vermehrung der Ratsitze und das Jeremieell beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beziehen dürften. Auch der „Vossische Anzeiger“ weiß von einer derartigen Besprechung in Genf zu berichten.

Auch das Protokoll wird verfälscht.

Bethlens Aussagen über die Sofokallfälschungen aus „Staatsinteressen“ konfisziert.

Budapest, 25. Februar. In der Schlußsitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses erfuhren die oppositionellen Abgeordneten eine unangenehme Ueberraschung. Als das stenographische Protokoll über die Verhandlungen des Ausschusses verifiziert werden sollte, wurde festgestellt, daß daraus alle Seiten, die die Aussagen des Grafen Bethlen über die Fälschung tschechoslowakischer Staatsnoten enthielten, entfernt waren. Jemand ein Nachtrag oder ein besonderer Akt mit den Angaben Bethlens war dem Protokoll nicht beigegeben.

Die oppositionellen Abg. Ruppert und Peyer protestierten gegen diese Verkümmelung und Fälschung des Protokolls, erhielten jedoch die Antwort, daß es sich um wichtige Interessen der auswärtigen Politik handle, weshalb dieser Teil des

Stenogramms dem Protokoll nicht beigegeben werden könne. Weiter wurde ihnen mitgeteilt, daß die Akten des Außenministeriums und des Ministerpräsidentiums, aus denen Graf Bethlen bei seinen Aussagen einige Stellen vorlas, Amtsgeheimnis seien und nicht verraten werden dürfen.

Die Affäre kommt nicht vor den Völkerbund.

London, 25. Februar. Auf die Anfrage des Arbeiterabgeordneten Ponsouby hat Chamberlain gestern im Unterhaus erklärt, daß die Angelegenheit der ungarischen Geldfälschungen, wie es bei der Mehrzahl der die internationalen Beziehungen beeinflussenden Fragen der Fall sei, den Gegenstand von Diskussionen bilde. Er sieht aber keinen Grund dafür, daß die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen wäre.

Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung unterwühlende Tätigkeit hat er die Wehrlosigkeit der Arbeiterschaft gegenüber der aus derselben Ursache erstarrenden kapitalistischen Reaktion erst recht verschuldet. Mit der großen Zahl von politischen Verfolgungen sucht die kommunistische Partei die Erpresslichkeit ihres „Radikalismus“ um jeden Preis“ zu beweisen, aber gerade die Größe dieser Opfer und die Menge der von ihr geschaffenen Märtyrer legt gegen sie und ihre Methoden Zeugnis ab, da sie nutzlos veran wurden, und keinen Erfolg kam sie buchen, der sie zu rechtfertigen vermöchte.

Die drei sozialistischen Parteien des Landes haben bei den letzten Wahlen über zwei Millionen Stimmen erhalten und sie haben nahezu ein Drittel der Parlamentsitze erobert. Wenn dieser Faktor auch nicht entscheidend sein könnte, in seiner Einheitlichkeit und Geschlossenheit wäre er eine Macht, an der sich die Reaktion die Zähne ausbrechen würde. Glaubt jemand daran, das arbeitende Volk könnte dann den Herrschenden noch das geduldige Lasttier sein, denn sie unter Schonung des eigenen Geldsades stets neue Steuerlasten aufladen! Wäre es denkbar, daß das Verlangen der Agrarier, dem Volk durch Zölle den Broterwerb höher zu hängen, so leicht Aussicht auf Erfolg hätte, wie dies heute der Fall ist? Dem Bürgerum würde das Väckeln der Beringschätzung, das sie heute für die Arbeiterbewegung trotz allen revolutionären Gehobens der Kommunisten übrig haben, bald vergehen und ebenso seine Lust, durch immer neue Polizeigesetze die politische Freiheit und Demokratie zu schänden.

Einigkeit — das bedeutete nicht, daß

innerhalb der vereinheitlichten und gleichgerichteten Bewegung alle Meinungen über Taktik und Politik völlig gleichartig sein müßten. In jeder großen politischen Bewegung müssen Taktik und Politik in freier Aussprache und demokratischem Zusammenwirken erarbeitet werden, jede Auffassung und Richtung muß das Recht haben, im Rahmen der Gesamtheit um Geltung und Einfluß zu ringen. Wie anders stünde es um die Arbeiterbewegung, wenn sie im Sinne dieser Einigkeit ihre Geschlossenheit fände! Es gibt keinen denkenden Arbeiter, der sich nicht dessen bewußt wäre und in allen Fällen der heisse Wunsch, dem Zustand, da jede der drei sozialistischen Arbeiterparteien andere Wege zieht, ein Ende zu machen. Geschickstüchtig suchen die Kommunisten diese in allen Proletarierherzen lebende tiefe Sehnsucht durch ihre Einheitsfront-Beine, dem jede Ehrlichkeit fehlt, sich zunutze zu machen; töricht und blind derjenige, der nicht erkennen will, daß sie es dabei nur auf neue Hege und neue Spaltung abgesehen haben. Was hinter diesem Schlagwort steckt, hat Sinowjew verraten, der erklärte, eine Einheitsfront könnte es nur auf dem Boden der dritten Internationale geben. Dem jeden wir unseren ehernen Willen entgegen: eine Einheitsfront ist nur unter dem Banner der Sozialdemokratie möglich! Daran halten wir fest und dafür wollen wir mit allen Kräften kämpfen. Und je ärger die Reaktion wütet, je stärker die Arbeiterschaft ihre Wehrhelme füllt, desto eher wird, allen Hindernissen zum Trotz, zur Wahrheit werden, was alle ehrlichen Proletarier herberrechnen: die Aufrichtung der einzigen Kampffront gegen den kapitalistischen Feind!

Einige Schlußbemerkungen

zur Diskussion „Religion ist Privatsache“.

II.

Soweit die Diskussion tatsächliche Fragen zum Gegenstand hatte, wäre noch ein wichtiger Differenzpunkt zu erwähnen: Die Einschätzung der Kirchenaustrittsbewegung als Kampfmittel gegen den Merkantilismus, als Mittel vor allem zur Durchführung der Trennung von Kirche und Staat. Hierüber sind selbst die Freidenker-Genossen verschiedener Meinung. Für Hartwig ist die Kirchenaustrittsbewegung „ein Hilfsmittel, um zur Trennung von Kirche und Staat zu gelangen.“ Nach Lahmer ist für die Durchführung dieser Trennung „die einzige mögliche Waffe“: „daß die Trennung jeder einzelne Sozialist bei sich durch Streichung der Mitgliedschaft in der Matrix begeht.“ Sehr nahe kommt dieser letzteren Standpunkt auch Genosse „B“, der da meint, daß der Zufall der Taufmatriken nicht nebensächlich ist. Er schreibt dann weiter:

„Weiß die politische Partei, die die Trennung der Kirche vom Staate fordert, daß die Mehrzahl oder wenigstens ein Großteil der Bewohner eines Staates der Kirche den Rücken gekehrt hat, dann ist die Wucht des Angriffes eine ganz andere, als im gegenteiligen Falle.“

Welcher Standpunkt ist nun richtig? Am weitesten scheint mir der Genosse Lahmer zu irren. Die einfachste Ueberlegung sagt, daß mit seiner „einzigen möglichen Waffe“ allein die Trennung von Kirche und Staat gar nicht zu erreichen ist. Denn wenn alle Sozialisten morgen seiner Mahnung folgend aus der Kirche austreten würden, bestünde übermorgen und künftighin die alte Verbundenheit zwischen Kirche und Staat weiter; all die konfessionslosen Sozialisten müßten nach wie vor für die Kongrua steuern, und zwar solange, bis sie genügend politische Macht besitzen, die tatsächliche Trennung der beiden Institutionen zu erzwingen. Die Kirchenaustrittsbewegung kann also niemals ein Erfolg, sondern bestenfalls ein Hilfsmittel für die zur Verwirklichung des Trennungszweckes notwendigen politischen Aktionen der Arbeiterklasse sein. Aber auch als Hilfsmittel soll man sie nicht überschätzen. Wann könnte erst der von Genossen „B“ angenommene Fall eintreten, bis die Wucht des Kampfes um die Kirchenlosgrennung durch die Tatsache verstärkt wird, daß die Mehrheit oder der Großteil der Gesamtbevölkerung eines Staates bereits konfessionslos ist? Nicht man auch nur einen oberflächlichen Vergleich zwischen dem Wachstum der sozialistischen Wählermassen und dem Ansteigen der Zahl der Konfessionslosen abgesehen davon, daß die Kirchenaustrittsbewegung im tschechischen Volke teilweise durch nationale Momente gefördert wird, so ist anzunehmen, daß wir schon mindestens ein halbes Jahrhundert vorher die Mehrheit der Bevölkerung politisch erobert haben werden, bevor sie konfessionslos ist. Weil wir eben die Trennung der Kirche von Staat und Schule als ein unmittelbares politisches Kampziel der Arbeiterklasse betrachten, wollen wir nicht, daß die Sache auf ein Rebeugeleise geschoben und um Jahrzehnte verzögert wird.

Zunahme der Staat die Agitation der Kirche aus dem Steuerfidel bezahlt, solange sie ein Erziehungsmittel gegenüber dem größten Teil der Jugend besitzt, hat die Kirche für ihre weltliche Macht wenig zu fürchten. Erst die Trennung wird die materiellen und ideellen Vorteile ihrer Position aufheben und wird sie zwingen, ihren Segnern unter gleichartigen Kampfbewegungen gegenüber zu treten. Daher erscheint das Streben nach politischem Machtgewinn der Arbeiterklasse als der kürzeste Weg, ja als die grundlegendste Voraussetzung zur Durchführung der Trennung der Kirche vom Staat.

Freilich, die Merkanten berufen sich auf die Zahl der Matrix-Gläubigen. Aber der Matrixinhalt ist für sie mehr ein Argument, als eine Machtaquelle. Können wir den Segnern mit den Mitglieder-Katastern von 1919 imponieren, wenn sie wissen, daß ein Großteil dieser Papiermitglieder keine Beiträge bezahlt, keine Parteiversammlungen besucht und am Wahltag andere Parteien wählt? Aber die Merkanten fürchten dennoch die Kirchenaustritte. Gut. Sie verschmerzen diese Verluste jedoch leichter, wenn sie mit Zuwachs von Parteimitgliedern und Stimmengewinn bei den Wahlen verbunden sind. Auch wir dürfen den Unterschied von totem Schein und lebendig wirkender Macht nicht übersehen. Die schwerste Gefahr für alle

unsere Gegner, auch die Merkmalen, ist die Stärkung der lebendigen Kraft der Arbeiterbewegung. Die Werbung neuer Parteimitglieder, Gewerkschafter, sozialistischer Presseleser, die Veranlassung des Nachwuchses, die Schulung der Vertrauensmänner und der Massen muß dabei über alles gehen. Wenn neben der Erfüllung dieser Hauptaufgaben unsere Freidenker-Genossen noch die Zahl der Konfessionslosen stärken wollen, wird es ihnen niemand verwehren. Sie sollen dabei nur nicht übersehen, daß der Entschluß zum Kirchenaustritt oft äußere Hemmungen findet und daß der Erfolg dieses formalen Schrittes manchmal von den Nachteilen überwogen werden kann, die in persönlicher und politischer Beziehung zu erwarten sind. Daß unter den gegebenen Verhältnissen die Konfessionslosigkeit nicht der entscheidende Prüffstein sozialistischer oder freidenkerischer Gesinnung sein kann, beweist die vom österreichischen Freidenkerbund offiziell festgestellte Tatsache, daß von seinen 100.000 Mitgliedern, nur rund 60.000 konfessionslos sind.

Die Kernfrage des Themas ist und bleibt jedoch diese: Wie steht die Sozialdemokratie grundsätzlich zu Religion und Kirche und wie soll sie ihr Verhältnis zu diesen Faktoren programmatisch regeln. Auch darüber wurden verschiedene Ansichten laut. Zahmer glaubt mit seinen Gesinnungsfreunden: „... daß es doch Sache der Partei der Sozialdemokratie ist, Religionen und Kirchen zu bekämpfen...“ — „... wünscht eine Reformulierung der Programmstelle, die künftig einfach lauten soll:

Trennung der Kirche vom Staate und ihre Beseitigung aus allen öffentlichen Schulen.

Hartwig nimmt in dieser Frage keinen klaren Standpunkt ein, doch behauptet er eingangs seines Aufsatzes, daß der Programmpunkt „Erklärung der Religion zur Privatsache“ in den Sätzen „Religion ist Privatsache“, „umgebogen“ wird. In dem Worte „umgebogen“ scheint der Vorwurf einer wesentlich falschen Auslegung des Parteiprogramms zu liegen, der in diesem Falle nicht nur den Diskussionsgegner, sondern fast die gesamte österreichische Bruderpartei und ihre besten Führer trifft. Bei einiger Unvoreingenommenheit wird man in dem Wechsel der Formulierung weniger einen theoretischen Betrug erblicken, als die Anwendung einer an die Gesellschaft und den Staat gerichteten Forderung auf die Politik und Taktik der eigenen Partei. Die Genossen, die von der Regierung die Anerkennung, vom Parteivorstande aber die Nichtanerkennung der Religion als Privatsache in einem Atem fordern, scheinen sich in einem logischen Zirkel zu befinden. Man kann von dem politischen Gegner nicht gut verlangen, daß er eine beliebige Kreatur als gestreiftes Zebra anerkenne, die man selber als ein belgisches Kaninchen bezeichnet. Entweder Zebra oder Kaninchen — Privatsache oder öffentliche Angelegenheit. Auslegungskünste ersparen nicht die Antwort auf diese Fragestellung.

Auch die vom Genossen „h“ vorgeschlagene Fassung ist keine Antwort, sondern ein Ausweichen vor der grundsätzlichen Frage. Wenn das Parteiprogramm über das grundsätzliche Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religion kein Sterbenswort sagen würde, müßten wir doch beim nächsten Zusammenstoß mit den Merkmalen darüber Bescheid geben. Das Heidelberger Programm der deutschen Sozial-

*) Bericht des Freidenkerbundes an den Wiener Parteitag 1925, Seite 130 des Parteitagprotokolls. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Gegen die Einführung fester Getreidezölle.

Interpellation unserer Genossen wegen der Bilsener Rede Hodzas.

Die Genossen Pohl, Dietl und Schweichart haben an die Regierung wegen der Rede des Landwirtschaftsministers Hodza in Bilsen, worin der Minister offen die Einführung fester Getreidezölle forderte, folgende Interpellation gerichtet:

Am 21. Feber hat der Herr Minister für Landwirtschaft, Dr. Milan Hodza, in Bilsen bei einer Veranstaltung der republikanischen Partei eine Rede gehalten, in welcher er das System der gleitenden Zölle und in aller Form die Einführung von festen Getreidezöllen forderte. Es ist nicht ohne Interesse, festzustellen, daß derselbe Herr Minister kurz nach seiner erstmaligen Ernennung einem Redakteur des „Prager Tagblatt“ gegenüber genau die gegenteilige Ansicht vertrat, indem er erklärte, daß es zwei Möglichkeiten gäbe, die landwirtschaftliche Produktion zu schützen, die Einführung von landwirtschaftlichen Zöllen und den Abbau der Industriezölle. Im Interesse der Produktion und des Preisabbaues sei er für den letzteren Weg. Wenn sich der Herr Landwirtschaftsminister heute für den ersteren Weg ausspricht, so zeigt diese Wandlung in den Auffassungen deutlich die reaktionäre Entwicklung an, welche die Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei in den letzten Jahren durchgemacht hat.

demokratie bringt allerdings eine ausführlichere Fassung, deren entscheidender Teil wie folgt lautet:

„Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einführung von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.“

Daß diese Formulierung keine Abkehr von dem alten grundsätzlichen Standpunkte der Partei zur Religion bedeutet, geht aus der vom deutschen Parteivorstande herausgegebenen Erläuterung zum Heidelberger Programm*) hervor. Dort schreibt im Abschnitt „Kultur und Schulpolitik“ (S. 45 und 46) Heinrich Schulz:

„Wenn die Sozialdemokratie für alle öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiete der Kultur den Grundsatz der Weltlichkeit aufstellt, so nimmt sie damit nicht Stellung gegen die Religion. Sie überläßt die Pflege der Religion und der Weltanschauung dem einzelnen und den freiwilligen Zusammenschlüssen einzelner zu religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften (Kirchen, Gemeinden, Verbänden). Die Sozialdemokratie ist eine Partei mit politischen und wirtschaftlichen Zielen und kann in ihren Kreisen nur Männer und Frauen dulden, die sich zu ihren politischen und wirtschaftlichen Grundfragen bekennen und sich ihren Beschlüssen und Maßnahmen auf diesen Gebieten unterwerfen. Die religiöse Gesinnung oder Empfindung dagegen ist keine politische Angelegenheit,

*) Das Heidelberger Programm, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“ Dietz-Verlag, Berlin.

Es kann nicht der mindeste Zweifel darüber bestehen, daß die Einführung von agrarischen Zöllen gerade im jetzigen Zeitpunkt ein geradezu vernichtender Schlag gegen die Lebenshaltung der breiten Massen wäre.

Die Teuerung ist noch immer drückend und droht infolge der verschiedenen Steuerpläne der Regierung, welche ihre Bedürfnisse wiederum aus den Taschen der arbeitenden Menschen decken will, noch drückender zu werden. Die schwache Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur, welche im letzten Jahre zu verzeichnen war, ist im Begriffe zusammenzubrechen und einer neuen schweren Wirtschaftskrise Platz zu machen. Daher droht auch neuerlich verschärfte Arbeitslosigkeit und gesteigertes Massenelend.

Unter solchen Umständen kann und darf von einer Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch Schutzzölle keine Rede sein und es ist notwendig, daß die Regierung die Bilsener Rede ihres Landwirtschaftsministers im Parlament mit aller Entschiedenheit desavouiert.

Wir fragen daher die Regierung:

Ist sie bereit, eine bindende Erklärung dahingehend zu geben, daß sie die Einführung von Getreidezöllen und überhaupt die Einführung der Erhöhung von Lebensmittelzöllen nicht beabsichtigt?

keine Sache eines Parteiprogramms, sondern eine Gewissensangelegenheit des einzelnen Menschen.

Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet also die Religion nach wie vor als Privatsache und will sie auch im öffentlichen Leben als Privatsache behandelt wissen. Genosse Schulz führt in seiner Arbeit dann weiter aus, warum sich die Partei nicht mit Religionsfragen befassen kann:

„Der Politiker hat es mit konkreten Maßnahmen zu tun, er muß zu bestimmten politischen Ereignissen und wirtschaftlichen Vorgängen Stellung nehmen, die Partei im ganzen berät darüber, und das einzelne Parteimitglied muß sein Verhalten danach einrichten. Die Religion hat es mit überfiktionalen Fragen zu tun, mit Dingen, die nicht greifbar sind und von den Menschen je nach ihrer Erziehung, ihrer geistigen und seelischen Veranlagung ganz verschieden beantwortet werden, mit Fragen nach den Ursachen und dem Endzweck alles Seins, nach dem Wesen der Dinge, nach den unerforschten Geheimnissen in Natur und Menschenleben. Es muß dem einzelnen überlassen bleiben, ob er gegenüber den Weltkräften die Hilfe und den Trost, die religiöse Gläubigkeit zu bieten vermögen, in Anspruch nehmen will oder nicht.“

Diese Begründung, in der die Erfahrungen einer jahrzehntelangen Klassenkampfpraxis der Sozialdemokratie niedergelegt sind, beantwortet manchen Einwand. Von diesem prinzipiellen Standpunkt aus hat die Partei ihre ruhmvollen Kämpfe für Geistes- und Gewissensfreiheit geführt. Liegt ein zwingender Grund vor, ihn zu verlassen? Die Frage hat der junge Seliger bereits beantwortet, als er in der Mainnummer der „Freiheit“ vom Jahre 1894 schrieb:

„Gerade indem wir die Religion als Privatsache, das heißt als eine Sache erklären, die jeder mit sich selbst und seinem Gewissen auszumachen hat, eine Sache, die sonst niemandem, insbesondere

nicht die öffentlichen Gewalten etwas angeht, beweisen wir, daß wir weit davon entfernt sind, einen direkten oder indirekten Gewissenszwang ausüben oder dulden zu wollen, der heutzutage gerade den Nachhabern beliebt, die so viel für die Religion zu schwärmen vorgeben. Eine ausgezwungene oder bloß zur Schau getragene Religion ist keine Religion.“

Man darf, um diesen Standpunkt zu verstehen, nicht immer Religiosität mit kirchlicher Beschränkung verwechseln. Schon der bloße Beitritt zu einer proletarischen Massenorganisation, die aktive Teilnahme am Emanzipationskampf der Arbeiterschaft, ist eine Abfolge an jene kirchlichen Dogmen, die da Demut, Unterwürfigkeit und passives Dulden fordern. Der Glaube an die soziale Mission der Kirche und des Christentums ist ja schon so schwach geworden, daß selbst die Schwärmer eigene Gewerkschaften gründen müssen, deren Wirken offenbar die fehlende göttliche Fürsorge für die geschundenen Lohnempfänger des Kapitalismus ersetzen soll. Daß sich Massenbewußtsein mit kirchlicher Beschränkung, mit blinder Unterwerfung unter alle Kirchengebote nicht gut verträgt, sei ohneweiters gegeben. Dagegen ist es müßig, darüber zu rechten, ob Religiosität, das heißt, eine überfiktionalen Auffassung von Weltanschauung, Weltensinn und Ewigkeit sich mit sozialistischer Gesinnung vereinbaren läßt oder nicht. Das entscheidende Merkmal des Sozialisten ist seine Pflichterfüllung im Klassenkampf. Diesen Maßstab müssen wir auch zur Unterscheidung zwischen bürgerlichen und proletarischen Freidenkern anlegen, auch wenn jeder Zweifel an der absoluten revolutionären Geltung der Freidenkergesinnung wieder vom Genossen Hartwig die strafweise Verhöhnung von Anführungszeichen zum Ehrenzettel „Sozialisten“ entzogen sollte. Trug allemal besteht kein Grund, brave Parteiarbeiter, treue Gewerkschafter, kurzum, in jeder Hinsicht opferbereite Genossen, als minderwertige Sozialdemokraten hinstellen zu lassen, weil sie die Verbeihaltung des „seelischen Blinddarms“ einer gewaltsamen Operation vorziehen. Wir können auf diese Mitkämpfer ebensowenig verzichten, als die Internationale auf die von einem starken religiösen Einschlag erfüllte englische Arbeiterbewegung verzichten kann. W. J.

(Schluß folgt.)

Gegen nationale Unterdrückung, Reaktion und Steuerungerechtigkeit!

Brünn, 25. Feber. Als Auftakt der von unserer Partei veranstalteten Protestaktionen gegen das neueste geplante und schon ausgeführte Attentat der Regierung auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung sowie gegen die nationale Unterdrückung, die durch die Sprachenverordnung inauguriert wurde, fand heute abends in Brünn die erste Protestversammlung unserer Partei statt. Referent Genosse Dr. Franzl aus Prag behandelte in eineinhalbstündiger Rede in ausgezeichneter Ausführung die aktuellen Probleme der Innenpolitik und protestierte in schärfster Weise gegen die Steuerpläne des Finanzministers Dr. Engliš, gegen die geplante Verlängerung der Militärdienstzeit und gegen das Sprachenrecht.

Die Versammlung deren Vorsitz Genosse Býval führte, war sehr gut besucht und dankte dem Redner mit lautem Beifall.

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1926.

Die Goldwäher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldsunde in Kanada und Alaska

57 von Emil Droonberg.

XVIII.

In den Stromschnellen des Klondike.

Die Sonne stand schon weit im Westen, als das Kanu, das Escher und das Halbblut trug, den Karibu-Creef hinabglitt und an dessen Mündung in den Klondike einbog. In seinem Oberlaufe besitzt dieser eine durch schroffe Felsen an seinen Ufern und mächtige Steinblöcke in seinem Bett verursachte rasche Strömung.

Escher hatte die Reife nach seinem Arbeitsplatz zu Pferde gemacht und der Trail, der alle Biegungen des Flusses vermied, hatte ihm nur einen gelegentlichen Ausblick auf diesen gestattet. An verschiedenen Stellen hatten ihm dabei auch weißschäumende Wasser das Vorhandensein ausgehörter Stromschnellen verraten.

Vom Ufer aus hatten diese aber mehr durch ihre malerische Schönheit inmitten eines Rahmens grotesker Felsenformationen gewirkt. Und der Gedanke, daß sie zugleich auch eine ernste Gefahr für ein Boot oder Kanu, das sie zu passieren hatte, bedeuteten, war ihm kaum gekommen. Da ihm überdies noch alle Erfahrung im Kanufahren mangelte, so hatte er es als eine unnötige Rücksichtnahme gehalten, als Evans bestimmt hatte, daß sein Bootsführer ihn begleiten sollte. Gewohnt, die gewagtesten Dinge zu unternehmen, wenn das erforderlich war und sie dann auch meist auf irgendeine Art und Weise zu Ende zu führen, war er schon im Begriff gewesen, die ihm angebotene Hilfe abzulehnen.

Sie waren aber noch nicht weit gekommen, als er bereits Gelegenheit fand, sich zu beglückwünschen, daß er es nicht getan hätte.

Schon das Sitzen, oder eigentlich Knien, denn man sitzt dabei auf seinen Fäßen, in dem unsicheren Fahrzeuge, eines der gewöhnlichen indianischen Rindenkanus, mußte gelernt sein und wirkte auf den Anfänger außerordentlich ermüdend. Diese Stellung ist aber geboten, um ihm möglichst wenig Übergewicht zu geben, da es sonst kaum vor dem Umschlagen bewahrt werden könnte. Dann die dauernde Geradhaltung und Unbeweglichkeit des Oberkörpers, um nicht etwa durch ein Versehen dieser Art das gleiche Mißgeschick herbeizuführen.

Es war gut, daß Escher im Anfange das Paddeln erspart blieb, das wohl kaum ohne eine Katastrophe abgegangen wäre, denn das Kanu glitt mit der Strömung rasch vorwärts.

Der Halbblutindianer, der am hinteren Ende in der gleichen Stellung auf seinen Fäßen saß, hatte nur seine Paddel nach Bedarf auf dieser oder jener Seite einzutauschen und dem Kanu eine kleine Wendung zu geben, um den vielen Steinblöcken über und unter dem Wasser auszuweichen, die es aber oft nur um die Breite eines Fußes vermied.

Eine ganze Weile ging die Fahrt so durch weißen Schaum und umherprühenden Gischt. Die Sonne neigte sich in wunderbarer Pracht dem nördlichen Horizonte zu und goß einen rosigen Schimmer über den weißen Schaum; silberglänzende Fischeleiter schwebten hier und dort in toller Lebenslust für einen Augenblick aus den springenden Wassern empor und von den Ufern herüber klangen durch das Rauschen hindurch die süßmelodischen Töne einer Orgel und das Silbergelaute der kleinen Richardson-Gaule. Aber Escher hatte keine Aufmerksamkeit für den banalen Zauber dieser überwältigend schönen Nordlandsnatur. Er kniete mit einem eigentüm-

lichen Gefühl in dem heftig schaukelnden Kanu, hielt sich krampfhaft an den Seiten fest und erwartete jeden Augenblick, daß es schon im nächsten an eine unterirdische Felsenklippe stoßen, oder von einem der tosenden Strudel erfasst und zersplittert versinken würde.

Dann krochen langsam die Schatten der Dämmerung über den Fluß, während die Höhen der Uferberge noch im Purpurgold des Sonnenunterganges glänzten.

Escher sah, wie das Kanu auf einen Felsen zuhielt.

Ein mächtiger Block von diesem Felsen war zu irgendeiner Zeit von ihm losgebrochen und in das Flußbett gestürzt, wo er noch wenigstens dreißig Fuß über das Wasser ragte. Schon vor einer Weile hatte er diesen Felsblock gesehen und erwartet, daß sein Führer ihm ausweichen würde. Aber nicht um einen Fuß breit bog das Kanu ab. Es hielt direkt darauf zu.

Kanu noch dreihundert Meter weit waren sie davon entfernt und Escher begann etwas wie Nervosität zu fühlen und sich zu fragen, warum der Führer seine Paddel nicht energisch gebraucht.

Er wagte es, den Kopf ein wenig zu drehen und über seine Schulter zu blicken.

Das Halbblut kniete unbeweglich, wie aus Bronze gegossen, auf seinem Plage, die Paddel auf der rechten Seite im Wasser. Es schien nicht im geringsten aufgeregt, hielt aber seine Blide scharf vorausgerichtet.

Das gab auch Escher etwas von seiner Sicherheit zurück.

Inzwischen hatte sich das Kanu dem Felsblock bis auf hundert Meter genähert, noch immer mit der Geschwindigkeit eines Rennpferdes auf ihn zutreibend. Jetzt war aber auch das Tosen des Wassers so laut geworden, daß er einen Zuruf des Führers zwar hörte, aber nicht verstand.

Sie waren der Klippe so nahe, daß ein Vermeiden derselben kaum noch möglich schien.

Das Denken schien für die nächsten Augenblicke in Escher vollständig ausgeschaltet zu sein. Er konnte nur mit einer Art krampfhafter Spannung das Vorwärtsgleiten des Bootes und die bedächtig schnelle Verringerung des Abstandes vom Felsen Meter für Meter beobachten.

Da plötzlich, nicht mehr als fünfzig Meter vor dem Felsen entfernt, schwang sein Bug nach links und es glitt mit seiner Breitseite an ihm entlang. Gleichzeitig schien es, als ob eine starke Faust es gefaßt habe, denn seine Bewegung wurde langsamer, bis es zuletzt kaum noch sechs Fuß von dem Felsen entfernt fast zum Stillstand kam. Das dauerte freilich nur so lange, bis es den toten Punkt zwischen zwei entgegengesetzten Strömungen überwunden hatte. Es genügte aber, Escher erkennen zu lassen, daß ein Anrennen gegen den Felsen kaum möglich gewesen wäre, selbst wenn es jemand herbeizuführen versucht hätte. Der Rückprall des Wassers von den Steinwänden war außerordentlich stark und hätte das unbedingt verhindert.

Dem Halbblut war dieser Umstand bekannt, und das beruhigte Escher etwas über seine einen leisen Furcht so verdächtig ähnliche Nervosität, die er schon mit dessen sicherer Ruhe in einen für ihn recht unangenehmen Vergleich gestellt hatte. Er konnte diesen Gedanken aber nicht weitererspinnen, denn jetzt war das Kanu von der in einem weiten Bogen um das Felsenhindernis herumströmenden Strömung erfasst worden, die sich darüber hinaus dann wieder zu breiterem, ruhigerem Fahrwasser ausdehnte.

Bevor sie dieses aber erreicht hatten, tauchte eine neue Gefahr und diesmal ganz dicht vor ihnen auf.

(Fortsetzung folgt.)

Steuerdebatte im Parlament.

Die Kriegszuschläge abermals verlängert. — Genosse Kojcher für die völlige Abschreibung der Steuerrückstände und Erhöhung des Existenzminimums.

Frage 25. Febr. Dr. Regierungsantrag auf Verlängerung des Gesetzes über die Einhebung der Kriegszuschläge zu den indirekten Steuern, die nun endlich im achten Jahre nach Friedensschluss zwar nicht beseitigt, aber doch wenigstens umgetauscht werden sollen, rief eine lange Debatte hervor, in der die Opposition reichlich Gelegenheit fand, die unhaltbare Steuerpolitik überhaupt und namentlich die brutale Art und Weise, wie die Steuerrückstände aus früheren Jahren eingetrieben werden, gebührend zu beleuchten.

Genosse Kojcher verwies dabei auf die Unmöglichkeit der jetzt praktizierten dreiprozentigen Lohnabzüge bei Arbeitern zum Zwecke der Bezahlung dieser Steuerrückstände, an denen die Finanzverwaltung selbst schuld ist, da sie mit der Vorforderung der Steuern Jahre lang im Rückstand blieb, und forderte die völlige Abschreibung dieser Rückstände für die arbeitenden Schichten und eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 14.000 Kronen. Zur Vorlage selbst brachten unsere Genossen einen Antrag auf Ubergang zur Tagesordnung und einen Eventualantrag auf Verlängerung des Gesetzes nur bis zum 30. Juni d. J. ein, um so die Regierung zu zwingen, die geplante grundlegende Reform des Steuerwesens bis zu diesem Termin fertigzustellen. Alle diese Anträge wurden von der mehr als zweifelhaften „bolschewistische“ die sich der amtierende Vizepräsident Slawicek einfach konstruierte, ohne auch nur einen Augenblick in den Saal zu

bliden, vertworfen. Dieses Vorgehen des Präsidenten, der einfach programmäßig konstatierte: „to jest bolschewina“, beziehungsweise bei Abänderungsanträgen der Opposition „to jest mensina“, ohne sich im Geringsten daran zu halten, daß eine wahrheitsgetreue Abschätzung der ungefähren gleich stark vertretenen feindlichen Gruppen ein Ding der Unmöglichkeit war, rief bei der Opposition große Empörung und zahlreiche Zwischenrufe hervor, in denen die Auslösung des Stimmenverhältnisses, allerdings vergeblich, gefordert wurde. Auf die Dauer wird sich die Opposition eine derartige parteiische Amtsführung wohl kaum gefallen lassen.

Vor der Plenarsitzung gab es verschiedene Ausschußberatungen; der sozialpolitische Ausschuß trat in die Generaldebatte über die Staatsangestelltenvorlage ein, die morgen fortgesetzt wird. Die Vebereitung der 18monatigen Dienstzeit bildete die Tagesordnung einer Sitzung des Zwölfers-Ausschusses der Koalition; der Landesverteidigungsausschuß setzte sich in einem längeren Referat temperamentsvoll für die 18monatige Dienstzeit ein, ohne aber die tschechischen Sozialdemokraten umstimmen zu können. Die Koalition ging ohne Debatte ergebnislos auseinander. Daß die Arbeiter noch immer nicht vom Fleck kommen wollen, beweist wohl am deutlichsten der Umstand, daß die nächste Sitzung erst in einer Woche stattfindet, obwohl Arbeit für viele Sitzungen wohl mehr als reichlich vorhanden wäre.

Vor Eingang in die Tagesordnung erhält der Kommunist Kreibitz nachträglich einen Ordnungsruf, weil er dem tschechischen Sozialdemokraten Stibin während dessen Rede am letzten Freitag vorgeworfen hatte, ihn habe sich Masaryk im Jahre 1920 eigenhändig gekauft.

Zur Verhandlung gelangt sodann der Regierungsantrag auf

weitere Einhebung der bisher bestehenden Kriegszuschläge zu den direkten Steuern,

die jetzt als „außerordentliche Zuschläge“ bezeichnet werden, für das Jahr 1926.

Der Berichterstatter Dr. Hnidel führt aus, daß mit diesem Gesetze bereits bei der Zusammenstellung des Budgets für 1926 gerechnet worden sei. Das vorhergehende Gesetz über die Kriegszuschläge beschränkte sich bloß auf das Jahr 1925, da man voraussetzte, daß inzwischen die Steuerreform durchgeführt werden würde. Da dies nicht der Fall ist, müsse man das Gesetz nochmals auf ein Jahr verlängern. Die Notwendigkeit der sofortigen Gesetzgebung der geplanten Steuerreform sei vom Ausschuß in einer besonderen Resolution betont worden.

Die anschließende Debatte wird fast ausschließlich von der Opposition bestritten.

Plajer (D. L.) schildert die Lage der Landwirtschaft als sehr trift und fordert, daß von der Einhebung dieser außerordentlichen Zuschläge wenigstens Waldflächen ausgenommen seien. Er stellt sich gegen die übertriebenen Vorschläge der Einkommensteuer bei Landwirten und fordert, daß die Art der Einhebung der Umlagen durch die Steuerämter geändert werde, da den Gemeinden sonst eine regellose Finanzwirtschaft unmöglich gemacht wird.

Kunz (D. Christl. Soz.) verweist darauf, daß die Selbstverwaltungsförderer durch die herrschende Steuerpraxis in die größten finanziellen Schwierigkeiten kommen, da sie oft ein Jahr hindurch nicht in den Besitz ihrer Umlagen gelangen. Manchmal müssen sie auf Grund der Steuerabschreibungen noch Umlagen zurückzahlen. Redner kritisiert sodann das herrschende Steuerwesen überhaupt und wendet sich namentlich gegen die Umlage- und Kursumsteuer. Er verlangt nationale Selbstverwaltung auch auf steuertechnischem Gebiete; dann würden die Deutschen nicht ein Viertel aller von ihnen gezahlten Steuern nur für Militärzwecke hergeben.

Simm (D. Nat. Soz.) erklärt, daß wir noch weit von der Konsolidierung entfernt seien. Die Wirtschaft verfallt und die Steuerverwaltung stürze sich wie „ein Polyp“ auf jede Existenz. Die schreckliche Situation des Steuerzahlers werde noch durch die Nachlässigkeit der Administrativen erschwert. Die rückständigen Einreibungen der sechs Milliarden Steuerrückstände würde noch Millionen Existenzen vernichten. Redner fordert dann eine generelle Steuerabschreibung.

Aréibich (Komm.) erklärt, daß die arbeitenden Massen heute durch die Steuern weit mehr belastet sind als während des alten Regimes. Man müsse das Existenzminimum auf 12.000 für Verheiratete auf 18.000 K erhöhen und den hiedurch entstehenden Ausfall durch schärfere Besteuerung der hohen Einkommen decken. Der Kampf um eine vernünftige Steuerreform werde schwer sein, denn hinter Dr. Engliš kämpft die ganze bestehende Klasse um die Erhaltung ihres Systems. Auch die Kommunisten wollen, daß die Gesellschaft ihren Reichtum mehre, doch müßte der Erfolg der Gesamtheit zugute kommen. Dem Sparen zugunsten des Kapitalismus jedoch gelte ihr schärfster Kampf.

Kemes (tschech. Soz. Dem.) sieht die Regierungsvorlage als eine unabänderliche Tatsache an, wenn nicht der Staat um annähernd eine Milliarde gebracht werden soll. Er bedauert, daß

die Steuerreform noch nicht Gesetz sei, und befaßt sich ausführlich mit ihren Grundzügen. Durch das bisherige System würde die Arbeiterschaft sehr geschädigt, da ihr die Löhne bis um 50 Prozent gekürzt wurden, während man jetzt die rückständigen Steuern eintreiben will. Seine Partei werde für die Vorlage stimmen in der Voraussetzung, daß im nächsten Jahre schon die Steuerreform ins Leben treten werde.

Hvozdil (slow. Volkspartei) bemängelt den wirtschaftlichen und steuertechnischen Dualismus, der in der Slowakei hunderttausende von Existenzen vernichtet habe. Eine rationale Steuerpolitik dürfe die weitere Produktivität der Steuerzahler nicht bedrohen. Die Quelle dieses Steuerdualismus sei die Verschiedenheit der ehemaligen ungarischen und österreichischen Gesetze; das Ministerium habe dieses Unrecht bisher nicht beseitigt. Die heutige finanzielle Lage der Slowakei und Karpatho-Rußlands nähere sich dem Zustand völliger Anarchie und erfordere Abhilfe in dieser Richtung.

Hierauf verdolmetscht

Genosse Kojcher

den Standpunkt unserer Partei zur Vorlage, die uns Anlaß zur

Erörterung einer ganzen Reihe von Beschwerden der Arbeiter und der Kleinbauern

gäbe. Wir verlangen, daß die Staatsverwaltung auf diese lebenswichtige Frage der Arbeiterschaft gebührend Rücksicht nimmt. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, die vor dem Kriege schon eine schlechte war, habe sich seither noch verschlimmert, da die Löhne kaum 60 Prozent der Vorkriegszeit betragen und nicht, wie der Finanzminister gestern im sozialpolitischen Ausschuß erklärt habe, 70 Prozent. Wir hatten vor dem Kriege ein steuerfreies Existenzminimum von 1600 Kronen und müssen daher heute zumindest ein solches von 14.000 Kronen fordern.

Es ist unmöglich, daß die Arbeiterschaft die Steuern, die jetzt manchmal gleich für zwei bis sechs Jahre nachträglich vorgeschrieben werden, bei ihren inzwischen um 30 bis 50 Prozent reduzierten Löhnen bezahlen kann. Wir verlangen, daß man die Arbeiterschaft so berücksichtigt, daß ihr die Existenzgrundlagen nicht entzogen werden.

Auch jetzt, wo die Gehaltsfrage der Staatsangestellten gelöst werden soll, hat man keinen anderen Weg gefunden, als wieder mit indirekten Steuern zu kommen, wo die arbeitende Bevölkerung schon sowieso zu mehr als drei Vierteln mit indirekten Steuern belastet ist. Dagegen müssen wir schärfsten Einspruch erheben. Der Ausweg, daß man für das Jahr 1926 den Arbeitern einfach einen dreiprozentigen Lohnabzug auferlege, ist ungeschicklich, in der heutigen Wirtschaftskrise direkt unerschwinglich und

grenzt geradezu an Erpressung.

So ist die Frage nicht zu lösen. Wenn der Herr Finanzminister in den Steuerrückständen Ordnung machen wolle, so muß er diese bei den Arbeitern überhaupt abschreiben und künftig das steuerfreie Existenzminimum bedeutend erhöhen. Wir schlagen die Erhöhung auf mindestens 14.000 Kronen vor. Arbeiterfamilien müßten noch entsprechende Ermäßigungen erhalten.

Wir erwarten, daß das Finanzministerium in Anbetracht der furchtbaren Notlage und der schweren Wirtschaftskrise, unter der die Arbeiterschaft leidet, diese unsere Vorschläge annehme, die Steuern abschreibe und in aller nächster Zeit das Existenzminimum erhöhe. (Beifall.)

Mikulicek (Komm.) erläutert den Standpunkt der kleinen Landwirte zu dem jetzigen Steuersystem, das er eine raffinierte Roboter nennt. Die

Händler und Kleinbauern müßten jährlich drei bis vier Monate nur für die Aufbringung der direkten und indirekten Steuern arbeiten. Er protestiert sodann gegen die bevorstehende neue Besteuerung verschiedener Lebensmittel durch indirekte Steuern.

Hierauf werden die im Laufe der Debatte eingebrachten

Abänderungsanträge

verlesen, darunter auch der des Genossen Kojcher. Darin wird zunächst der Ubergang zur Tagesordnung gefordert und für den Fall der Ablehnung wenigstens die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 14.000 Kronen und die Befristung der Regierungsvorlage bis 30. Juni d. J. verlangt, damit die Regierung gezwungen ist, bis zu diesem Zeitpunkt die Steuerreform fertigzustellen.

Demgegenüber beantragt der Berichterstatter Dr. Hnidel die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. Bei der Abstimmung herrscht große Erregung auf den Bänken der Opposition über das unerhörte Vorgehen des Vizepräsidenten Slawicek, der, ohne überhaupt aufzuwachen, das Resultat der Abstimmung verkündete, obwohl es zumindest zweifelhaft war, ob nicht die „mensina“ bei der geforderten Auszählung des Abstimmungsergebnisses in der Mehrheit gewesen wäre.

Der Gesetzentwurf ist somit in erster Lesung angenommen.

Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen in einzelne Ausschüsse wurde für unsere Partei gewählt: In den Inkompatibilitätsausschuß Gen. Taub (Erst. Pohl und Halenberg); in den Gesundheitsausschuß Taub und in den Verkehrsausschuß Pohl.

Nach Erledigung einiger Immunitätsfälle wurde die Sitzung um halb 9 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag den 4. März, um 2 Uhr nachmittags.

Heraus mit der Abbaustatistik!

Die Abgeordneten Taub, Grünzner und Genossen haben in der gestrigen Sitzung an die Regierung wegen Veröffentlichung einer Abbaustatistik folgende Interpellation gerichtet:

Die Art der Durchführung des Gesetzes über die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung hat in der gesamten Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. Da die Restriktion vollkommen der bürokratischen Willkür überlassen worden war und jede Kontrolle der Angestellten selbst, aber auch der gesetzgebenden Körperschaften vollkommen ausgeschlossen war, ist

die Öffentlichkeit überzeugt, daß der Abbau der Staatsangestellten nicht nach sachlichen Gesichtspunkten durchgeführt worden ist, sondern daß politische und insbesondere nationalistische Einflüsse dabei hauptsächlich maßgebend gewesen sind.

Die privaten Erhebungen, welche die gewerkschaftlichen Organisationen angestellt haben, liefern den

ziffernmäßigen Beweis, daß die nichttschechischen Nationen vom Abbau unvorteilhaftiger schwerer betroffen worden sind.

Diese Anklage ist sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Parlament selbst erhoben worden, ohne daß die Regierung es für nötig befunden hätte, ihrerseits das ziffernmäßige Material über die Durchführung des Gesetzes vorzulegen. Es ist aber zweifellos, daß die Regierung verpflichtet ist, wenigstens nachträglich über die Durchführung des Gesetzes und insbesondere alle statistischen Ausweise vorzulegen.

Wir fragen daher die Regierung:

Ist die Regierung bereit, binnen längstens vier Wochen einen genauen Bericht über die bisherige Durchführung des Staatsangestelltenabbaues zu erstatten und hierbei einen detaillierten ziffernmäßigen Ausweis getrennt nach Nationalitäten vorzulegen?

Der Finanzminister über die Staatsangestelltenvorlagen.

Wir haben bereits gestern darüber berichtet, daß auch der Finanzminister bei der Debatte über die Staatsangestelltenvorlage im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses das Wort ergriff. Er erklärte, der Ausschuß müsse sich bewußt sein, daß die Vorlage dem Staat nicht größere Mehrkosten verursachen dürfe als 700 Millionen. Dieser Betrag nannte er „eine nicht überschreitbare Ziffer“. Er verteidigte dies damit, daß die Belastung der tschechoslowakischen Bevölkerung mit öffentlichen Lasten überzogen ist. Die steuerliche Belastung hat vor dem Kriege, wie aus einem Vortrag des Dr. Kolar über die Steuertragsfähigkeit hervorgeht, 75 Goldkronen betragen und beträgt jetzt — ohne die Vermögensabgabe — 785 Kronen. Dieser zehnfachen Steuerbelastung entspricht aber nur ein siebenfaches Einkommen, so daß „die Steuerlast jetzt aus dem Einkommen um die Hälfte schwerer drückt als vor dem Kriege... Wir sind ärmer, verdienen weniger und der Druck der öffentlichen Steuern ist größer.“ Es ist nur eigentümlich, daß der Finanzminister, trotzdem er sich dessen bewußt ist, daß die Bevölkerung unter der Steuerlast schwer leidet, als Bedeckung für die Staatsangestelltenvorlage lauter Steuern auf den Massenverbrauch vorschlägt, die die ärmsten Volksschichten am meisten belasten. Gerade die Arbeiterschaft ist von allen Volksschichten am ärmsten geworden und sie wird, falls die neuen

Massenverbrauchssteuern zur Durchführung gelangen, eben noch ärmer werden.

Der Finanzminister hob auch hervor, daß die Vorlage das Interesse an der Arbeit und an der staatlichen Verwaltung erneuern solle. Wir glauben, daß das Interesse der Beamten für die staatliche Beamtenvorlage infolge der Befolgsreform nicht größer werden wird. In der Reform wird vor allem die automatische Vorrückung abgeschafft und die Beförderung des Beamten in eine höhere Gehaltsstufe von der Willkür des Vorgesetzten abhängig gemacht. Das liefert die Beamten auf Gnade und Ungnade ihren Vorgesetzten aus und es wird sich schon zeigen, was für Beamte der Staat sich auf diese Weise erziehen wird.

Das Interessanteste, was man vom Finanzminister an Neuem erfahren hat, ist die Betonung des Umstandes, daß die Möglichkeit der rückwirkenden Kraft der Gehaltsreform vom 1. Jänner d. J. angefangen von der Zeit abhängt, in der der Gehaltentwurf und die mit ihm zusammenhängende Bedeckung Gesetz wird. Mit anderen Worten, es ist sehr leicht möglich, daß ein Ministerwort abermals nicht eingelöst werden wird, nämlich das Versprechen Svehlas, daß unter allen Umständen die Gehaltsreform rückwirkend ab 1. Jänner in Kraft tritt.

Zum Schluß polemisiert der Herr Finanzminister gegen die Koalition. Er sagte nämlich: „Vielleicht wird man wieder in den Versammlungen vom Widerstand des Finanzministers sprechen. Tagelang ist nichts einzuwenden, wenn sie dies politisch brauchen. Aber wenn ich als nicht politischer Beamter aufmerksam mache, so möchte ich sagen, daß dies nicht eine Kundgebung der Kraft ist.“

Daß die Koalition nicht gerade das Bild unwürdiger Kraft bietet, ist schon richtig.

Die tschechischen Sozialdemokraten bestehen auf der 14monatigen Militärdienstzeit!

Wie das Abendblatt des „Pravo Lidu“ meldet, hat der Klub der tschechischen Sozialdemokraten in seiner mittwöchigen Sitzung, nach Anhören der Berichte seiner Vertreter im Wehrausschuß beschloffen, auf der Einführung der vierzehnmönatigen Dienstzeit, die das Wehrgesetz bestimmt, zu beharren.

Wir begrüßen diesen neuerlichen Beschluß der tschechischen Sozialdemokraten und wollen nur hoffen, daß sie ihm treu bleiben. Sollte das der Fall sein, so ist ein harter Kampf innerhalb der Regierung voranzuführen, in der sich auch bei der Behandlung dieser Frage wieder alle inneren Gegensätze mit größter Schärfe auftrafen dürften. — Die deutsche Sozialdemokratie ist entschlossen, den Kampf um die verfassungsmäßig gewährleistete Herabsetzung der militärischen Dienstzeit mit aller Entschiedenheit zu führen.

Der Initiativ-Ausschuß des Abgeordnetenhauses

besaßte sich mit dem Mißtrauensantrag Dr. Luschka, Hodina, Jung, Stenzl und Raibl gegen die Regierung. Der Referent Abgeordneter Hajn (Nat. dem.) erklärte hiezu, da die Antragsteller den Antrag nicht schriftlich begründet haben, außerdem den Minoritäten kein Unrecht geschehe, (1) habe er keine Ursache, in das Meritum des Antrages einzugehen, und beantrage deshalb, der Nationalversammlung die Ablehnung des Antrages vorzuschlagen. Abgeordneter Zajecel (Christl. Soz.) begründet den Mißtrauensantrag, gibt aber zu, daß die Regierung für die Bevölkerung schon sehr viel Gutes getan habe, (1) und verweist auf die Sozialversicherung. Genossin Kirpal verweist auf das Versprechen des Ministerpräsidenten Svehla, daß er vor der Herausgabe der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz die Genehmigung der Volkstretter einholen werde. Svehla ist wortbrüchig geworden und die Koalition und die Regierung decken diesen Wortbruch. Rednerin bespricht dann die Geschwindigkeiten einzelner Paragraphen der Sprachenverordnung sowie das Restriktionsgesetz, die Schulreformen und die Schulautonomievorlage und begründet hiermit unser berechtigtes Mißtrauen gegen die Regierung. Der Referent beantragt hierauf die Ablehnung des Antrages. Ein Antrag des Abgeordneten Bierhut, daß laut Geschäftsordnung der schriftliche Bericht dem Aufwahnschuß vorgelegt werde, wird abgelehnt. Die Abgeordneten der Opposition werden im Laufe eines schriftlichen Bericht überreichen.

Stimmungsmache für eine Mietzinsserhöhung.

Die „Narodni Politika“ befaßt sich an leitender Stelle mit der Frage der Lösung der Wohnungsnot und führt u. a. aus: „Wenn der Staat vier Milliarden an Garantien in die bisherigen Bauten steckt, und damit künstlich den Zinsfuß für neue Bauten erhöht hat, sehen wir, daß dies nicht weiter gehe. Wir werden wohl zu dem alten System zurückkehren müssen und von dort ausgehen, von wo man von vornherein hätte ausgehen müssen: durch eine mäßige Erhöhung der Zins einen Ausgleich zwischen alten und neuen Bauten herbeizuführen suchen. Befreiung der Neubauten von den unterschiedlichsten Abgaben, sowie mit einem energischen Vorgehen zur Verbilligung des Baumaterials die Baubewegung zu beleben, den Beschäftigungslosen Arbeit anstatt Unterstügungen geben, welche zwecklos verbraucht werden. Das Problem ist ein ungemein verwickeltes, aber es ist notwendig, sich mit ihm den Kopf zu zerbrechen, weil von seiner Lösung die Zufriedenheit von Millionen Bürgern und die ordentliche Verwaltung des Staates abhängt.“

Rundfunk für Alle!

Die gestrige deutsche Arbeiterkennung ist durch technische Schwierigkeiten im Sendebetrieb ausgefallen. Der „Freie Radiobund“, der an dem Vorfall unschuldig ist, hofft, daß der Vortrag bald einmal wird nachgeholt werden können.

Programm für heute, den 26. d. M.

Prag, 17. Konzert; 18.15: Deutsche Sendung; 20: Orchesterkonzert. — Brünn, 19: Konzert, 20.10: Smetana und Dvořáklieder. — London, 21: Konzert. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 19.30: „Der fliegende Holländer“. — Wien, 19.15: Musikakademie. — Zürich, 20.30: Musik und Spiel.

Tagesneuigkeiten.

Mussolini.

Im Lande, wo der Lazaroni Sich bettelnd nährt von Macaroni, Und wo einst hauste Rinaldini, Treibt jetzt sein Wesen Mussolini, Dem weiße Wäsche ist so fremd, Doch er fand das schwarze Hemd.

Wer liest und hört von seinem Schwagen, Der glaubt vielleicht an Löwentagen, Jedoch, man weiß, daß nur Bazillen Sein Hirn bis zur Erweichung füllen, Denn meistens fängt mit Größenwahn Der letzte Akt der Krankheit an.

Bald landet in der Gummizelle Der paralytische Gefelle, Doch möge man damit sich eilen, Auch wenn er nicht mehr ist zu heilen, Weil schon der Wahnsinn, wie bekannt, Hat angekränkt das ganze Land.

In Deutschland lehrte die Erfahrung, Wie leicht Verhödung findet Nahrung. In seinem Schlosse Wilhelm wohnte, Zeigten man ihn nicht entthronte, Und war er auch nur halb verrückt, Ist Unheil ihm genug geglückt.

Der Völkerbund muß nun vor allem, Eh' neuen Krieges Schiffe fallen, Ein großes Irrenhaus errichten, Und dann hinein mit allen Wächtern, Die sich gebärden göttergleich! Es deren gibt in jedem Reich!

Re da.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Bauunglück in Prag.

Prag, 25. Feber. Heute stürzte gegen einhalb 12 Uhr mittags ein Teil des Baugerüstes im Hinterhause des soeben in Abbruch befindlichen Eckhauses Wenzelsplatz-Stehansgasse „U Primatek“ ein. Dabei wurde der 42jährige Arbeiter Wenzel Kasek aus Benschau schwer verletzt; er erlitt einen Beinbruch und wurde auf die Klinik Schloffer gebracht. Da sich der Unfall im Posttrakt abspielte, blieb er von den Passanten unmerkelt. Ueber die Ursache des Bauunglücks ist eine Untersuchung durch eine Baukommission eingeleitet worden.

Das ist die Dorfgemeinschaft! In den Verhandlungen der deutschen Sektion des mährischen Landeskulturrates, also einer Institution, die vorläufig noch eine Domäne der Großagrarier bildet, lesen wir eine recht interessante Stelle eines Sitzungsprotokolls, die blicklichtartig die Menschenfreundlichkeit der Mächer vom Bund der Landwirte, die Sorge um das Wohlergehen des Volkslandarbeiters seitens der patentierten Vertreter des Deuschentums zeigt. Wir wollen nun die Stelle kommentarlos folgen lassen, da jeder Zusatz den Eindruck, den man von diesem Dokument bürgerlichen Klassenhasses gegenüber einem in harter Arbeit als gewordenen Arbeitssklaven empfangt, nur verwischen könnte. In dem Protokoll der Sitzung vom 1. Feber heißt es:

Punkt 4. Vergebung von Deuschbotenprämien. Sektionssekretär Landesökonomierat Teiner bringt zu diesem Punkte folgende Anträge: „Marie Fritscher, Dienstmagd in Porstendorf Nr. 23, bittet um eine Prämie für 50jährige Dienstzeit als Magd bei der Landwirtschaft.“

Die Wittstellerin ist am 15. April 1861 in Kattentau geboren und dortselbst auch heimatsständig. Am 1. Jänner 1876 ist sie beim Grundbesitzer Josef Hübel in Porstendorf Nr. 23 in den Dienst als Magd bei der Landwirtschaft getreten und befindet sich heute noch in diesem Dienstorte, der mit 1. Jänner 1905 auf den Bestnachfolger Franz Hübel übergegangen ist und sie vollendete somit am 31. Dezember 1925 50 Jahre Dienstzeit in obbesagter Eigenschaft.

Der Geschwistlerin Marie Fritscher wurden bereits im Jahre 1920 (1) vom Sektionsausschusse für 44jährige Dienste 100 K angewiesen. Es erscheint daher nicht anangig, derselben Geschwistlerin neuerlich für 50jährige Dienstzeit eine Prämie zuzuerkennen.“

In Anbetracht der Mittellosigkeit und der im Gesuche erwähnten Erwerbsunfähigkeit wird beantragt, der Geschwistlerin die Ergänzung auf die volle 50jährige Prämie, d. s. 100 K, zuzuwenden.“

Bemerkte sei nur noch, daß an dieser Sitzung der agrarische Landesauschubbeisitzer Freier, der agrarische Senator Vuklich und andere große Vorkämpfer der Dorfgemeinschaft

Protest gegen die Sprachenverordnung.

Eine Rundgebung in Eger.

Am 21. Feber hat die Parteibeiratskonferenz in Eger, in der Vertreter aller unserer Organisationszweige, Männer und Frauen in starker Zahl, als Vertreter aller Orte des Bezirkes anwesend waren, in einer außerordentlich eindrucksvollen Form Protest und Kampfeswillen gegen die Sprachenverordnung ausgedrückt. Genosse Stanelk stizzierte die Sprachenverordnung in ihrem Zweck und ihrer Wirkung, sowie die in ihr enthaltenen Rechtsbeugungen, Verfassungs- und Gesetzwidrigkeiten. Unter Zustimmung der ganzen Versammlung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, der Sprachenverordnung entschlossensten Kampfs anzufangen. Gerade Eger zeigt, welche Ungeheuerlichkeit die Sprachenverordnung ist. In dieser Stadt, die nur deutsch ist, nie anders als deutsch war, wurde durch den einen tschechischen Stadtrat, der es nur durch landsfremde Stimmen der Soldaten und Offiziere werden konnte, die Tätigkeit der Stadtvertretung lahmgelegt. Die Konferenz billigt die Stellungnahme unseres Parteivorstandes und der parlamentarischen Vertretung gegen den Gewaltstreich der Regierung und spricht diesen Körperschaften auch in bezug auf die Fortführung des Kampfes gegen die Sprachenverordnung das vollste Vertrauen aus. Die Konferenz ist sich voll der Tatsache bewußt, wie diese Sprachenverordnung gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten wirkt und kennzeichnet sie auch als ein Attentat gegen die autonomen Verwaltungskörperschaften. „Ihr gilt unser entschiedene, schärfste Kampf.“

Die Stadtvertretung von Wiesenthal a. N. hat sich auf Grund eines Beschlusses ihrer letzten Sitzung mit einem Protest folgenden Inhaltes an die Regierung gewendet:

„Es wird alles aufgeboten werden müssen, um auf dem kürzesten Wege das Ungeheuer von Unrecht, das die Sprachenverordnung darstellt, durch Widerstand seitens der Regierung zu beseitigen. Die Normen der Sprachenverord-

teilnahmen und daß der Antrag selbstverständlich ohne Abänderung angenommen wurde.

Also sprach Hitler... Am 14. Februar hat in Bamberg eine Zusammenkunft der nationalsozialistischen Funktionäre aus ganz Deutschland stattgefunden, worüber der „Völkische Beobachter“, also Hitlers Organ, nunmehr nähere Mitteilungen macht. Ihm zufolge wurde die ganze Tagung von Hitler selbst geleitet, der die Verhandlungen mit einer längeren „richtungsgebenden“ Rede einleitete. Der einzige Weg zur Behebung der außenpolitischen Not des deutschen Volkes sei ein Appell an seine eigene Kraft, was aber nicht gleich zu deuten sei mit einem Appell an die Waffenmacht, „da die Volkshoheit der letzten Jahre das Reichsheer von heute zu einer Söldnertruppe im Sinne von Strossemanns Pazifismus degradiert hat“. Frankreich sei beständig der nächste, unbedingteste Todfeind des deutschen Volkes, und auch England sehe sich von dieser militärpolitisch größten Macht Europas am nächsten bedroht. Auch Italien stehe Frankreich feindlich gegenüber. Infolgedessen sei die Aufrollung der Südtiroler Frage in diesem Augenblick ungeeignet (!!) für eine klare Auseinandersetzung mit Italien. „Eine Zurückgewinnung dieses schwerbedrängten Landes auf dem Machtweg ist deshalb eine Utopie, weil der Einfluß ein derart hoher ist, daß dieses Opfer selbst bei bestem Erfolg für die deutsche Volkskraft vernichtend wäre.“ Es gelte also hier alle Bündnismöglichkeiten auszunutzen, ohne dabei der Sentimentalität irgendwelchen Raum zu geben. Mit Rußland sei an ein Zusammengehen nicht zu denken; das wäre nationaler Selbstmord. In der Frage der Fürstenabfindung verlangen die Nationalsozialisten, daß den Fürsten nichts gegeben wird, was ihnen nicht gehört, daß ihnen aber auch nichts genommen wird, was ihnen gehört. Die Nationalsozialisten ständen also auf dem Standpunkt des Rechtes. Religiöse Probleme hätten in der nationalsozialistischen Bewegung nichts zu suchen. — Ueber Arbeiterfragen hat sich Hitler gleichfalls ausgesprochen. Dafür ist in der nationalsozialistischen „Arbeiterbewegung“ jedenfalls kein Interesse vorhanden.

Totentafel der Arbeiterbewegung. John Robertson, einer der Führer der schottischen Bergarbeiter, ist, 59 Jahre alt, am 14. Feber in Glasgow gestorben. Seit 1916 war er Vertreter des Wahlkreises Bothwell im Parlament. Er war einer der Einpeitscher der Parliamentsfraktion der Arbeiterpartei und der Vorsitzende der schottischen Gruppe. Er war auch Mitglied der Regierung MacDonald. — Joseph A. Whitehorn, ein Führer der Sozialisten in New York, starb, 46 Jahre alt, ganz plötzlich am 23. Jänner. Er stammte aus Rumänien, kam mit 10 Jahren nach Amerika und schwang sich aus eigener Kraft vom Zeitungsjungen zum Abolaten auf. Schon mit 18 Jahren schloß er sich der sozialistischen Bewegung an und blieb ihr unverbrüchlich treu. Er gehörte in zwei Legislaturperioden der Stadtvertretung als sozialistischer Erwahlter an und war 1918 der Vizepräsident der Gruppe der damaligen zehn Vertreter. Im Kriege hatte er viele Verfolgungen zu erdulden, da er standhaft an Internationalismus festhielt. Fünfhundert Genossen geleiteten ihn zum Grabe und sieben Redner priesen das Andenken des vorbildlichen Mannes. — Der

sozialdemokratische Verband des österreichischen Nationalrates hat innerhalb weniger Tage zwei Mitglieder verloren. Am 18. Feber starb Abgeordneter Hermann Schulz, der das Verdienst hat, weite Schichten der Beamtenschaft Oesterreichs für die Gewerkschaftsbewegung und den Sozialismus gewonnen zu haben, 51 Jahre alt, in Wien, nach mehrmonatlicher schwerer Krankheit. Am folgenden Tage starb Justizrat Kaufha, eine der sieben Frauen, die die österreichische Sozialdemokratie in den Nationalrat gewählt, in jungen Jahren unerwartet an einer Lungenentzündung. — Der französische sozialistische Abgeordnete Moutet hat einen schweren Verlust erlitten. Seine Frau Anna Moutet, eine geborene Russin, ist am 18. Feber gestorben. Sie war eine bekannte Kerstin, als solche Ritter der Ehrenlegion und Vertreterin Frankreichs auf dem internationalen medizinischen Frauenkongreß in den Vereinigten Staaten im Jahre 1910.

Ein Weltkongreß. Auf dem kürzlich veranstalteten Jüdisch-Muslammittlichen Kongreß in Djokja in Niederländisch-Indien wurde beschlossen, so schnell wie möglich zwei Delegierte der indonesischen Demat-Islam-Bewegung nach Gedeschas zu entsenden, die sich mit den Anhängern des Demat-Islam der ganzen Erde in Verbindung setzen und auch die Bewohner der heiligen Stadt Mekka hinzuziehen sollen. Ferner soll eine Untersuchung über die Voraussetzungen und die Art der Organisation des Welt-Islam-Kongresses angestellt werden, der ursprünglich in Kairo geplant war, jedoch auf Bitten des Sultans Iben Saubd nunmehr in Mekka abgehalten werden wird.

Die Ufa-Filmgesellschaft wünscht zu der seinerzeit von uns veröffentlichten Notiz „Treue Püter der Staatsprache“ festzustellen, daß es keinesfalls ein Beamter der Ufa gewesen sein kann, der auf der Filmbohrer eine deutsche Antwort verweigerte. Die Ufa mache zwischen Deutschen und Tschechen keinen Unterschied. Wir veröffentlichen diese Zeilen, weil wir auf Grund eingehender Erhebungen den Eindruck gewonnen haben, daß es sich seinerzeit tatsächlich um einen Irrtum handelte und der Ufa wegen ihrer Sprachenpraxis kein Vorwurf zu machen ist.

Der Subtopf ist im keritalen Oesterreich ein Gegenstand fortgesetzter Beschäftigten der konservativen Schwärmer für den alten Topf. So hat vor einigen Tagen in Ungau im Salzburgerischen ein erbitterter Gegner der Subtopfessuren einen Deparatikel gegen diese Haarmode losgelassen, die eine jüdische Erfindung (?) sei, welche die Sitten gefährde und die öffentliche Moral untergrabe. Dabei stellt die Wiener „Arbeiterzeitung“ fest, daß die Töchter hoher und höchster Staatsmänner nicht allein in Ungau, sondern auch in Linz und Wien Subtopfe tragen. Sogar die Frau des Landeshauptmannes von Salzburg hat sich die Pöppe schneiden lassen und im benachbarten Tirol trägt man den Subtopf genau wie in Wien.

Eine Pöppschmückerwerkstatt ist von der Kriminalpolizei in Berlin ausgehoben worden. Die Durchsuchung hat eine große Zahl lössiger Geldstücke, Prägestücke, Schneide- und Prägestempel und das übrige Pöppschmückerzeugnis zutage gefördert. Der Leiter der Werkstatt, namens Elyrester, hatte die Prägestücke als Goldschmelz hergestellt. Nach seinen Angaben hat er erst einige hundert Ein-Markstücke umgelegt.

Im Reichshof Rombold in Oberösterreich wurden zwei Kinder, die kurze Zeit in der Küche

unbeaufsichtigt zurückgelassen worden waren, von Schweinen zerfleischt. Einem vierjährigen Knaben brachten die Tiere so schwere Bißwunden bei, daß er nach kurzer Zeit unter furchtbaren Qualen starb.

Ein eigenartiges Jubiläum konnte kürzlich ein amerikanischer Großkaufmann begehen. Er machte seine 50. Reise über den Atlantischen Ozean, und zwar mit der „Damburg-Amerika-Linie“, die ihm eine künstlerische Adresse überreichen ließ.

Einer der größten Brände vernichtete in Cardiff das Geschäftsviertel der Stadt, das unter dem Namen Cardiff's Coventgarden bekannt ist. Das Feuer wütete fünf Stunden und vernichtete 18 große Geschäftshäuser. Der Schaden wird auf 10 Millionen K£ geschätzt.

Der Mount Lassen, einer der nordamerikanischen Vulkane, ist, wie aus New York gemeldet wird, plötzlich ausgebrochen. Schaden ist durch die Eruption des Vulkans bis jetzt noch nicht angerichtet worden.

Eine abenteuerliche Verbrecherlaufbahn hat der soeben in Paris festgenommene Russe Ruell hinter sich. Ruell ist 1885 in Valence geboren, hat die höheren Schulen mit Auszeichnung durchgemacht und sein Studium an der Handelshochschule von Marseille abgeschlossen. Er war ein glänzender Schüler und Student und begann seine Verbrecherlaufbahn etwa im Jahre 1910, als seine junge Frau erschossen in einer Straße von Marseille aufgefunden wurde. Ruell wurde wegen Mordes angefaßt, ohne daß die Beweisaufnahme seine Schuld erweisen konnte. Nach seinem Freispruch ging Ruell nach Algier, wo er als Angestellter eines Leberseegegeschäfts Unterschlagungen beging und verurteilt wurde. Im Kriege hat er sich, wie so mancher andere Berufsverbrecher, vorzüglich geschlagen und ist zum Unterleutnant avanciert. Als er bereits zur Ehrenlegion vorgeschlagen worden war, kam er in den Verdacht der Spionage, da er sich auffälligerweise immer wieder von neuem den deutschen Linien zu nähern versuchte. Er wartete das Urteil des Kriegsgerichts ab, nicht ab, desertrierte und führte sein Verbrecherleben weiter fort. Ruell ist sprachentundig, Sportsmann und Akrobat, Schriftsteller, Zeichner und Musiker. Es gibt nichts, was er nicht kann. Mit dem Untersuchungsrichter hat er sich außerordentlich angefreundet und spricht mit ihm über alle Einzelheiten wissenschaftlicher und literarischer Art.

Ein sonderbares Ehescheidungsgericht hat soeben das Grazer Landgericht gegen die Witwe des österreichischen Beamten namens Pirtheim gefaßt. Pirtheim hatte sich nach kurzer Ehe von seiner ersten Frau scheiden lassen, und da diese keine Einwendungen machte und auf die Pension ihres Mannes verzichtete, bei der Landesregierung in Kärnten um die Erteilung eines „Ehepenses“ nachgesucht. Nach der Erteilung des Dispenses trat er mit seiner zweiten Frau zum Katholizismus über und wurde im November 1923 in Graz alkatholisch getraut. Im Mai 1925 erkrankte der Mann und starb. Nun brachte die erste Frau fünf Jahre nach ihrer Scheidung und nach ihrer freiwilligen Verzichtleistung, ein halbes Jahr nach dem Tode ihres einstigen Mannes, mit dem sie nur wenige Monate gelebt hatte, die Klage auf Ungültigkeitserklärung der „Dispense“ des Verstorbenen ein. Nach langem Sträuben entschied das Gericht zugunsten der Klägerin, wogu es nach dem ungeheuerlichen Gutachten des Obersten österreichischen Gerichtshofes verpflichtet war. Durch ein halb mittelalterliches Gutachten wird also eine rechtskräftig verheiratete Frau mit ihrem Kind ehelos erklärt — in einem Rechts- und Kulturstaat, in dem der Merkmalismus wie kaum anderswo die Rechtsprechung beherrscht.

Die Besuchszahl der deutschen Hochschulen. Nach einem Bericht der „Berliner Hochschulnachrichten“ finden wir bei den 23 deutschen Hochschulen im Sommerhalbjahr 1925 folgende Besuchsziffern: Berlin rund 10.000, München 7088, Köln 4603, Leipzig 4400, Breslau 4288, Bonn 3209, Freiburg 3020, Frankfurt 2885, Tübingen 2583, Münster 2381, Heidelberg 2316, Göttingen 2303, Halle 2301, Marburg 2156, Würzburg 2124, Hamburg 2077, Jena 2015, Königsberg 1643, Kiel 1601, Gießen 1388, Erlangen 1272, Greifswald 947, Rostock 831. Interessant ist, daß Leipzig, das früher an dritter Stelle stand, durch Köln verdrängt worden ist. Berlin und München haben ihre Vormachtstellung behauptet.

Wielmännerei als wirtschaftliche Nothilfe. Vielweiberei ist im Orient ja nicht selten, aber daß ein sozial schon ziemlich entwickeltes Volk wie die Tibeter die Vielmännerei in die gesellschaftliche Gliederung mit Bewußtsein einbezogen und sie gesetzlich anerkannt hat, dürfte zum mindesten ungewöhnlich sein. In Tibet wird das Weib, das der älteste Sohn der Familie erwählt, gewöhnlich gemeinsames Eigentum aller Brüder. Diese haben auch die Verantwortung für den Unterhalt der Familie zu übernehmen. Verläßt ein Bruder die Familie, so darf er für sein Anteilrecht an der Frau keine Entschädigung verlangen. Die jüngeren Brüder haben nur so lange ein Recht auf die gemeinsame Frau, als sie im Familienverbande bleiben. Es gibt auch Fälle, in denen der Vater oder Onkel des Mannes das Recht fordert, mit der Frau zu leben. Dann wird auch der Vater, meistens nur in höheren Schichten, in die Ehegemeinschaft aufgenommen. Seltener dagegen ist es, daß eine Frau ihre Ehemänner aus zwei oder noch mehr Familien nimmt. Man darf annehmen, daß diese eigenartige Form der Eheschließung durch wirtschaftliche Gründe bedingt und erhalten wird. In Tibet ist der gemeinsame Besitz des Familienvermögens durchaus noch üblich und so sucht man jedenfalls die Gründung besonderer Haushalte nach Möglichkeit zu unterbinden. Bemerkenswert ist, daß die tibetischen Frauen die Vielmännerei durchaus billigen. Sie gibt nach ihrer Auffassung der Frau größere Bedeutung im Gemeinwesen.

Die Sittenreinheit der russischen Sowjetrepublik soll durch die Blodade der westeuropäischen Lanze aufrechterhalten werden. Früher als alles andere kam der Schimmy und der Protrott in das Volkshoheitsreich. In der ersten Zeit des „Rep“, der neuen Wirtschaftspolitik, fanden sie Eingang in die Lokale der Lebensmittel und Proletariat. Dann kam der Rückschlag. Der Puritanergeist der in Rußland herrschenden Pflicht machte dem Vergnügen ein vorzeitiges Ende. Die politische Polizei sagte dem Tanz die Fehde an und auch die letzte Vergnugungsstutte in Moskau und Leningrad wurde von der westlichen Seuche befreit. Lediglich die Hotels der Ausländer und die elegantesten Villen der am Ruer befindlichen Gesellschaftsschicht gewähren dem modernen Tanz heute noch das Gastrecht. Im kommunistischen Klub ist er streng verboten und an seiner Stelle wird lediglich als Surrogat der „improvisierte Rundtanz“ oder die „rhythmische Tanzgebung“ gebildet.

Die Erforschung von Neu-Guinea. Zwischen dem Indischen Komitee für wissenschaftliche Untersuchungen und der amerikanischen Neu-Guinea-Expedition haben Besprechungen stattgefunden, um zu einer Zusammenarbeit zu gelangen. Man will dadurch der Expedition eine ausreichende militärische Bedeckung verschaffen und zugleich auch dem Amerikaner einen niederländischen Sachverständigen beibringen.

Die uberegulierung bei Schredenstein wurde im Jahre 1922 mit dem Bau einer Staustufe begonnen, die aus einem Wehr, zwei Schiffschleusen und einer Hydrozentrale besteht. Alle drei Anlagen liegen unterhalb der Burgruine. Die größere der beiden nebeneinander gelegenen Schiffschleusen hat einen Durchmesser von 24 und eine Ruhlange von 170 Metern. Das Wehr selbst besteht aus vier Lessungen von je 24 Metern Lichtweite. Das Elektrizitätswerk wird am linken Ufer der Elbe liegen und wird eine Leistungsfähigkeit von 22.000 Pferdestärken haben. Die durchschnittliche Jahreserzeugung an elektrischer Energie wird 86 Millionen Kilowattstunden betragen. Zunächst werden die ermanteten Schiffschleusen und die Regulierung des rechten Elbeufers, sowie die Uferregulierung in der Gegend zwischen Lohofitz und Lichtowitz in Bau genommen. Nach Fertigstellung der Schiffschleusen wird die Schiffsahrt unterzuglich in dieselben verlegt werden, so daß die Durchfahrt schon während des Baues der Hydrozentrale und des Wehrs erfolgen wird. Vor dem Bassin der Hydrozentrale wird am linken Ufer ein Umladungsplatz in der Länge von 500 Metern projektiert, welcher mittels einer Schlepplahn entweder mit der Staatsbahn oder mit dem Umladungsplatz der Ruffig-Tepflicher Eisenbahn unterhalb der Zuckerraffinerie verbunden werden wird. Die ganze Regulierung macht auch eine Verlegung der Bezirksstrafe zwischen Wannow und Ruffig erforderlich.

Die elbisch-Friedensgesellschaft veranstaltet am Samstag, den 27. d. M., um 19 Uhr im Hörsaal IV. der böhmischen Techn. in Prag, Karlsplatz, eine Debatte über das Problem der „Vereinigten Staaten Europas“, zu welcher sie jeden, den dieses Problem in politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Hinsicht interessiert, einladet.

Volkseind Alkohol. In einer karpathorussischen Gemeinde bei Hufst Konfaterie der Lehrer, daß einige seiner 10—13jahrigen Schüler in betrunkenem Zustande in die Schule kommen. Er erstattete die Anzeige bei der Gendarmerie, die feststellte, daß in einer der dortigen Schenken den Kindern denaturierter Spiritus verkauft werde. Die Knaben gestanden, daß er ihnen in Viktorialasern verabreicht wurde; sie hatten für ein Gläschen ein bis zwei Kronen gezahlt. Von dem Vorkall wurden die zuständigen Behörden benachrichtigt.

Prager Chronik. Am Prager Wilsonbahnhof wird eben das alte Gebäude, in welchem die Aufnahme und Ausgabe der Eisguter untergebracht war, niedergehauen. Das alte Nebengebäude mit dem Saulenwerk wird als Andenken stehen bleiben. An Stelle der niedergehauenen Expedition werden Geleise gelegt und ein ungedeckter Perron errichtet werden, der wahrscheinlich nur für Züge der Prag-Duxer Eisenbahn vorbehalten bleiben wird.

In der Aufregung eine 60jahrige Frau erschlagen.

Vor kurzem wurde vor dem Toppauer Geschworenengerichte eine bei der letzten Schwurgerichtsperiode im Oktober d. V. vertagte Verhandlung, und zwar gegen den 23jahrigen Landwirt Johann Müller aus Rowerdorf, neuerlich durchgeführt. Die Verhandlung war seinerzeit zwecks weiterer Erhebungen und Untersuchung des Geisteszustandes des Angeklagten vertagt worden. Um unseren Lesern diesen Fall in Erinnerung zu bringen, wollen wir kurz den Tatbestand berichten.

Müller hat die Fleischhauerei erlernt und ist jetzt verheiratet. Im Jahre 1923 kaufte er sich vom Sohn der Frau Hübner in Romersdorf, Rudolf Hübner, eine Wirtschaft mit der Verpflichtung, die Mutter des Verkauften ins Ausgehende mit Naturalleistungen zu übernehmen. Die Wirtschaft war stark belastet. Die alte Frau Hübner soll eine sehr untragliche Frau gewesen sein, weshalb auch hauptstachlich ihr Sohn die Wirtschaft verkaufte. Müller war nun sehr fleißig und kam allen seinen Verpflichtungen nach. Trotzdem kam es zwischen seiner Familie und der alten Frau Hübner zu Unstimmigkeiten, deren Ursache Einbildungen und Phantasien der alten Frau waren. Diese wurde nämlich von der Idee verfolgt, Müller stürbe ihre Nichte zu heiraten und beschädigte ihren Haushalt. Sie nahm sich sogar einen Rechtsfreund, der gegen Müller fortwährend Klagen anstregte und ihm so unendliche Kosten verursachte.

Am 7. September v. J. arbeitete Müller schon seitlich früh auf seinem Feld in der Nähe eines

Waldes. Zu gleicher Zeit kam auch Frau Hübner auf ihre Wiese Gras mähen. In der Mittagszeit ging Müller auf sie zu, um sie etwas zu fragen, aber Frau Hübner begann, wie sie es schon gewohnt war, gleich auf Müller zu schimpfen und ihm Vorhaltungen zu machen, daß er ihr in der vergangenen Nacht wieder keine Ruhe gegeben und an ihr Fenster geklopft habe, wobei sie auch erwiderte, sie werde es schon soweit bringen, daß er nicht mehr lange auf dem Hofe werde sein können.

Darüber geriet Müller in Wut, und da er sehr leicht erregbar ist, versetzte er der Frau zwei Schläge mit der Hand auf den Kopf, worauf die Frau stuhnend zu Boden sank.

Damit ihr Stuhnen nicht gehört werde, hat sie Müller dann an den Zipfeln des Kopfstuches in den nahen Wald geschleift, wobei sich das Kopfstuch am den Hals derart fest zusammenzog, daß infolge der Strangulation der Tod sofort eintrat.

Die Anklageschrift behauptet nun, Müller habe, damit er von der Frau nicht verraten werde, daß er sie schlug, das Kopfstuch um den Hals absichtlich fest zusammengezogen, um die Frau zu öden. Im Wald bedeckte er den Leichnam mit einer Schürze zu und ging nach Hause. Am nächsten Tage schrieb er sich selbst einen anonymen Brief, in dem ihm ein unbekannter Schreiber mitteilte, daß er die Frau Hübner stumm gemacht habe, was ihm (dem Müller) auch recht sein werde; er solle ihm dafür einen Betrag von 500 bis 600 K geben, damit

er Rückten könne. Verraten soll er aber nichts, denn sonst würde ihm der Unbekannte den roten Dahn aufs Dach setzen.

Diesen an sich selbst mit bestellter Schrift geschriebenen Brief übergab Müller der Dorfpolizei und diese übergab ihn der Gendarmerie. Der Verdacht lenkte sich jedoch bald auf Müller und es wurde zunächst mit ihm eine Schriftprobe aufgenommen, die für ihn sehr belastend ausfiel. Beim Kreuzverhör gestand er dann auch bald ein, die Frau im Jahorn erschlagen zu haben.

Nach dem Gutachten der Gerichtsärzte ist der Tod durch Erstickan eingetreten, und zwar dadurch, daß die Enden des Kopfstuches beim Schleppen der Hübner zusammengezogen wurden. Außerdem wurde bei der Ermordeten ein Bruch des Stirn- und Schedelbeines festgestellt, was keine tödliche, jedoch eine schwere Verletzung ist.

Bei der Verhandlung selbst verantwortete sich der Angeklagte dadurch, er habe keine Tötungsabsicht gehabt, er wolle der Frau nur ein paar auf den Mund geben. Als sie aber dann zusammenbrach, verlor er seine Besinnung und erwachte erst wieder, als er im Wald schon neben der Leiche stand.

Den Geschworenen wurden mehrere Hauptfragen (auf Mord, Totschlag und fahrlassige Tötung mit schwerer Körperverletzung) gestellt, wovon die auf Totschlag bejaht wurde. Müller wurde daher zu dreieinhalb Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Die Erfolge des Bolschewismus.

Aus einer Moskauer Rede Bordigas: Ungünstige Resultate der Bolschewisierung. — Mißerfolg der Zellenarbeit. — Eine innere Revision der Moskauer Internationale notwendig.

Der italienische Kommunistenfuhrer Bordiga hielt auf der Tagung der Exekutive der kommunistischen Internationale eine Anklagerede, die geeignet ist, höchstes Interesse zu erwecken. Bordiga richtete scharfste Kritik gegen die Moskauer Internationale in folgenden Punkten:

Als Fehlschritt betrachtet er die Taktik einer einheitlichen Front bei der Bolschewisierung von nichtrussischen Parteien und die Parteilosifikation auf der Grundlage der Fraktionellen. Die Taktik einer einheitlichen Front soll ausschließlich zum Sammeln von arbeitenden Massen dienen und nicht so breit angewendet werden, wie es die kommunistische Internationale tut. Die Bolschewisierung von ausländischen Parteien ergab ungünstige Resultate, denn in tatsächlicher Hinsicht sind für die Westparteien die Erfahrungen der russischen Revolution ungenügend. Die Zellenorganisation wurde bloß mechanisch nach Westen ubetragen, was ein allgemeines Senken des Diskussionsniveaus verursachte und zum mechanischen Enternen der Intelligenz und Heranziehen opportunistischer Elemente führte. Auch die Parteidisziplin wird mechanisch angewendet, durch einfaches Verbot samtllicher Funktionen. Die Tätigkeit Lenins dagegen war ein ununterbrochener Fraktionismus. Zum Schluß seiner Rede hat Bordiga erklärt, daß das innere System der kommunistischen Internationale einer Revision unterzogen werden sollte.

Nach Trozki und Sinowjew marschiert also jetzt auch Bordiga, als Sprecher der italienischen Kommunistenpartei, gegen die Mos-

kauer Diktatoren auf und es ist nicht wenig, was er ihnen zu sagen hat. Nach seinen Mitteilungen ist die „Bolschewisierung“-Aktion als gescheitert anzusehen, die Einheitsfronttaktik hat sich als verfehlt erwiesen und vollends die Zellenarbeit — man erinnere sich nur an den Staub, den die Kommunisten seinerzeit auch bei uns mit diesem Schlagwort aufwirbelten — ist gänzlich daneben gelungen. Was Herr Bordiga über das Sinken des Diskussionsniveaus und die Entfernung der Intelligenz erzählt, trifft für die Kommunisten in der Tschechoslowakei, wie wir aus unserer Erfahrung in kommunistischen Versammlungen und mit der kommunistischen Presse bestätigen können, vollkommen zu. Nur wissen wir nicht, ob dies und die Heranziehung opportunistischer Elemente gerade auf die Zellenpolitik zurufzufuhren ist; denn gerade die letztgenannte Erscheinung war, scheint uns, auch schon früher sehr stark zu verzeichnen.

Wir hängen um das Schicksal Bordigas, der ja sogar die geheiligte Person Lenins angriff und dem deswegen und wegen seiner sonstigen Kritik die Gefahr droht, den Reinigungsaktionen überantwortet zu werden; es sei denn, daß auch sein Rücktritt die in Moskau gepflegte Wegsamkeit beweisen sollte. Nichtsdestoweniger wird doch wohl die kommunistische Presse, beispielsweise der „Vorwart“, nicht ermangeln, die Erfolge des Bolschewismus, wie sie Bordiga sieht, den kommunistischen Lesern zu veranschaulichen? Wir würden nämlich solche Offenheit für die erste Voraussetzung einer gedeihlichen „Revision des inneren Systems der kommunistischen Internationale“ halten.

Volkswirtschaft.

Anzeichen der beginnenden Wirtschaftskrise.

Wir haben in unserem Blatte schon darauf hingewiesen, daß es vereinzelt zu Arbeiterentlassungen, Reduktionen des Personals, ja Petriebeinstellungen gekommen ist und daß darin zum Ausdruck kommt, daß die Konjunkturwelle ihren Höhepunkt überschritten hat. Auch Genosse Dr. Czech hat in seiner Brünner Rede auf diese Entwicklung verwiesen. Nun hat auch der Generalsekretär Dr. Hoda des tschechoslowakischen Industriellenverbandes auf die Möglichkeit einer beginnenden Wirtschaftskrise hingewiesen. Er hat in einem Referat des erwanteten Verbandes unter anderem folgendes ausgeführt:

Die Beschäftigung der Industrie hat sich verschlechtert. In einigen Industriezweigen handelt es sich um eine regelmäßige, zu Beginn jedes Jahres auftretende Erscheinung, wie in den Bauindustrien, in der Speisefette, der Schokolade- und Zuckerwarenindustrie und in anderen Nahrungsmittelindustrien. In anderen ist diese Verschlechterung keine Saisonercheinung, sondern wird durch handelspolitische Schwierigkeiten bewirkt, wie in der Leder- und Schuhwaren- und in der Porzellanindustrie, in denen in einigen Betrieben bereits die verkürzte Arbeitszeit eingeführt wurde, ferner in der Glasindustrie, in der in den letzten drei Monaten im ganzen von 400 Einheiten bloß 218, d. i. 54 Prozent, in Betrieb waren. In der Textilindustrie hat sich die Situation wesentlich verschlechtert; nicht nur in den Webereien und in der Farnindustrie, sondern auch in den Spinnereien beginnt die Arbeitszeit eingeschränkt zu werden. Die Bestellungen nehmen nicht nur ab, sondern die bereits früher getätigten Aufträge werden storniert. Die gleiche Verschlechterung trat in der Hut- und Konfektionsindustrie ein. In den übrigen Industrien hat sich die Situation nicht geändert. Ständig un-

günstig sind auch weiterhin die Verhältnisse in der Kohlenindustrie. Die Steinkohlenförderung ist 1925 gegenüber 1924 um mehr als 1 1/2 Millionen Tonnen, oder um 11 Prozent zurugewandert, die Braunkohlenproduktion hat sich um 1.7 Millionen Tonnen oder 8 Prozent verringert. Auch die Kohlproduktion war kleiner. Die größten Besurchnungen erweckt der Export unserer Kohle nach dem Ausland. Der Kohlenabfuhr im Ausland ist zurugewandert und die Einfuhr von Steinkohle aus Deutschland und Polen ist auffallend gestiegen. Die Muhlenindustrie leidet bei der scharfen ungarischen Konkurrenz weiterhin unter der Unsicherheit der Zollverhaltnisse.

Die Anzahl der bei den Arbeitsvermittlungsanstalten angemeldeten Arbeitslosen ist seit Oktober im Steigen begriffen. Sie betrug Ende Oktober 39.743, Ende November 42.485, Ende Dezember 48.384.

Unter diesen Verhältnissen ist es notwendig, die Entwicklung unserer Handelsbilanz aufmerksam zu verfolgen. 1925 stieg sowohl die Ausfuhr wie die Einfuhr, wobei jedoch der Export nach unseren natürlichen Abgabebereichen betrandig zurugewandert. Er betrug 1924 40.16 Prozent, 1925 sank er auf 36.41 Prozent der Gesamtausfuhr. Die Gesamtzunahme unseres Exportes erfolgt langsamer als die in den übrigen Staaten. Dr. Uhlj veröffentlichte dieser Tage seine Berechnungen, mit denen wir uns eingehender befassen müssen. Er behauptet, daß unsere Ausfuhr nach dem ehemaligen Zollauslande 90 Prozent des Vorkriegsexportes beträgt, in der Richtung nach dem neuen Auslande, d. i. nach den Nachfolgestaaten bloß 83 Prozent, während der Durchschnitt des Welthandels 106 Prozent beträgt. Es ist außer Zweifel, daß sich unser Export langsamer entwickelt, als der Durchschnitt des Weltexportes. Man muß auch beachten, daß unsere Handelsbilanz in den letzten vier Monaten 1925 passiv war und die soeben veröffentlichten Daten unseres Exportes im Jänner weisen einen weiteren starken Rückgang auf. Während die Gesamtausfuhr im Jänner 1924 1507 Millionen Kronen betrug, ist sie heuer um 328 Millionen niedriger, da sie nur 1179 Millionen beträgt. Der

Rückgang zeigt sich nicht nur in Zuder, wo es sich um eine bloße Verschiebung zwischen den einzelnen Monaten handelt, sondern auch in Baumwolle und Baumwollwaren, Wolle und Wollwaren, Glas und Glaswaren, Kohle und Holz, Getreide, Holz, Maschinenradern und Mehl.

Trotz der Gefahr, die für die Arbeiterschaft aus dieser Entwicklung resultiert, trotz der Möglichkeit der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit geht man daran, durch neue Massensteuern die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu erschweren. Eine volkfreundliche Wirtschafts- und Finanzpolitik ist es gerade nicht, welche die gegenwärtige Regierung treibt.

Die Lohnverhandlungen in der tschechoslowakischen Textilindustrie.

Gestern wurden die Verhandlungen, welche am 12. d. M. unterbrochen wurden, fortgesetzt. Die Forderungen der Unternehmer, welche in Königgrätz stattfand, hatte zur gestrigen Verhandlung bestimmte Beschlüsse gefährt, doch waren es den Vertretern der Gewerkschaften nicht möglich, den Vorschlägen der Unternehmer zu zustimmen. Vor allem beharrten dieselben darauf, daß gewisse, zum Teil schon in den ersten Verhandlungen ermantete Branchen respektive Betriebe (und es sind das nicht wenige), von einer Zulage überhaupt ganz absehen, andere wieder wollten nur einen kleinen Teil der zu vereinbarenden Teuerungszulage gewähren, so daß eigentlich nur ein geringer Prozentsatz in den Genuss der vollen Zulage käme. Eine bestimmte Summe konnten die Unternehmervertreter bis jetzt überhaupt nicht nennen. Die Arbeitervertreter erklärten auch gestern wieder kategorisch, daß von einer Beschränkung einzelner Branchen keine Rede sein könne. Der Zweck dieses Vorganges ist offensichtlich. Man will damit unter der Arbeiterschaft Unfrieden säen. Die Gewerkschaften werden darüber wachen, daß dieser Versuch auch nur ein Versuch bleibt, der an der Solidarität der gesamten Textilarbeiterschaft scheitern wird. Wenn die Unternehmer ihre Vorgangsweise nicht bald als eine gänzlich verfehlte und nutzlose Kraftauswendung erkennen, so wird die Arbeiterschaft in den Betrieben deutlicher werden müssen. Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt. A. F.

Zollschutz und Lohnhöhe. Der Zollschutz, den eine Industrie genießt, ihr kaum zum Anlaß wird, höherer Löhne zu zahlen, beweist die im „Economist“ mitgeteilte Tatsache, daß sich die große Spanne zwischen den Löhnen der größten und der nicht geschützten Industrien Englands in den letzten Jahren vermindert hat. Einestheils nämlich haben die nicht huher Schutzollmauern arbeitenden Industrien insofern ihr Lohnniveau ein wenig erhöht. In wesentlichen Lohnkürzungen kam es bei dieser Gruppe von Industrien nicht, sondern im Gegenteil wurden in verschiedenen Fällen die Löhne heraufgesetzt, so in der Landwirtschaft, in den unteren Lohnklassen der Eisen- und Stahlindustrie und im Schiffbau, oder die Löhne blieben im ganzen stabil, wie zum Beispiel im Maschinenbau und in der Textilindustrie. Andererseits senkten die Löhne in den zollgeschutzten Industrien keine weitere Bewegung nach oben. Es ist wahrscheinlich, daß diese Angleichung der Löhne sich noch weiter fortsetzen wird.

Die Krankenversicherungspflicht in den verschiedenen Ländern. Die pflichtmäßige Versicherung der Arbeitnehmer gegen Krankheit erreicht, wie in der Zeitschrift für Versicherungswissenschaft ausgeführt wird, in den einzelnen Ländern durchaus verschiedenen Umfang. Die Zahl der gegenwärtig obligatorisch gegen Krankheit versicherten Arbeitnehmer für sämtliche Länder kann mit etwa 50 Millionen angenommen werden. Von den Staaten mit einer allgemeinen, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, alle Arbeitnehmer umfassenden Krankenversicherung steht Deutschland mit mehr als 20 Millionen Versicherten an der Spitze; nur Großbritannien weist mit mehr als 15 Millionen Versicherten eine größere Dichte der versicherungspflichtigen Bevölkerung auf. Von den übrigen Staaten mit allgemeiner Arbeitnehmerversicherung folgt sodann Rußland mit mehr als 1.75 Millionen, Oesterreich mit mehr als 1.5 Millionen Versicherten, ohne Berücksichtigung der mit anspruchsberechtigten Familienangehörigen. Die norwegische Krankenversicherung umfaßt etwa 600.000 Versicherte. Die Zahl der in Jugoslawien gegen Krankheit versicherten Arbeitnehmer (die Landwirtschaft wurde hier noch nicht einbezogen) nähert sich einer halben Million. Für Bulgarien, Chile, Irland, Portugal können nur Schätzungen angefertigt werden. Von den Staaten mit auf gewerbliche Arbeitnehmer beschränkter Krankenversicherung — es sind insgesamt sieben — können nur für Ungarn (mehr als 650.000 Versicherte) und für Luxemburg (etwa 50.000 Versicherte) Angaben gemacht werden. In insgesamt sieben Staaten hat die freiwillige, staatlich geförderte Volkskrankenversicherung erhebliche Bedeutung erlangt. Sie umfaßt in Dänemark nahezu 40 Prozent der gesamten Bevölkerung und mehr als 1.33 Millionen Versicherte. Die französischen Hilfsklassen weisen beinahe drei Millionen bezugsberechtigter Mitglieder auf, deren Versicherungsbedarfsbedingung allerdings nur in unzulänglicher Weise befriedigt ist. Es folgt sodann die Schweiz mit 850.000 (ausschließlich der Schulkinder) und Belgien und Schweden mit je mehr als 700.000 Versicherten. Die australischen Hilfsklassen umfassen mehr als eine halbe Million und die finnlandischen etwas mehr als 100.000 Versicherte. Die rohe Uebersicht ergibt, daß die zwei Groindustriestaaten Deutschland und Großbritannien allein nahezu zwei Drittel aller Versicherungs-

Kunst und Wissen.

König David.

Arthur Honegger, den Komponisten des Oratoriums oder symphonischen Psalmes „König David“, der am Mittwoch durch den Vereinigten Prager deutschen Männergesangsverein und Sängerverein „Lauter“, die Chorschule der Prager deutschen Musikakademie und das Orchester des Deutschen Theaters unter Alexander Zemlinsky Leitung zur deutschen Uraufführung kam, kennt man schon vom internationalen Prager Musikfest des Jahres 1924, wo seine „Lokomotiven“-Symphonie einigermaßen Sensation erregte. Aber der Lieddichter des „König David“ ist ein anderer. Denn Honegger, der französische Schweizer Komponist, ist in diesem Psalm alles andere denn Sensationst. Allerdings, auf die modernen musikalischen Ausdrucksmittel, wie rücksichtslose Eigenwilligkeit der Stimmführung und daraus sich ergebende Dissonanzen, äußerstes Raffinement der Orchesterfärbung und stärkste Betonung der rhythmischen und dynamischen Gegensätze, verzichtet er auch in diesem Oratorium keineswegs, aber die geniale Einheitslichkeit und Großzügigkeit seiner Anlage bei ausgiebiger Verwendung hebräischer Originalweisen, Interalle und Harmoniken, die Ueberzeugtheit und Eindringlichkeit seiner Tonsprache, Ehrlichkeit und Wärme des Gefühls, die sich mitunter sogar in langhaften lyrisch-melodischen Linien kundgibt, hängen es zu einem Anerkennung und Bewunderung herausfordernden Meisterwerk. Die Textvorlage dieses Psalmes hat den israelitischen Heros des alten Testaments David zum Gegenstande. Wir hören in dem Epos zunächst vom Hirtenknaben David, erfahren von seiner Erziehung zum Könige der Juden, von Gottes Zorn ob Davids ehebrecherischer Sünde und schließlich von seinem verklärten Ende. Diese Hauptabschnitte des Psalmes bilden auch seine musikalischen Grundskizzen, die Gelegenheit zu rauschenden Siegeschören, ergreifenden Klageklängen, Prophetengesängen und verschiedenen dramatischen und lyrischen symphonischen Zwischenstücken geben. Eine gewisse Vielartigkeit im Ausdruck, die durch die musikalische Schilderung und Ausdeutung des unterschiedlichen Textinhaltes bedingt ist, kennzeichnet insofern die Musik zum „König David“; Honegger spielt auf der menschlichen Empfindungsskala wie auf einem Instrumente, einmal die Begeisterung auswirkend, dann Mitleid erregend, hier mit Angst erfüllend, dort mit Innigkeit rührend. Ein Novum in dem dreiteiligen Oratorium ist die Verwendung eines Rezitators an Stelle des im Oratorium bis nun gebräuchlichen Sängers-Evangelisten, allerdings nicht zum Vorteile der Musik, die gehemmt und unterbrochen wird und dadurch oft den Charakter abgerissener Kurzatmigkeit erhält. An künstlerischen Ausführungsmitteln erfordert das umfangreiche Werk nicht nur den kompletten modernen Orchesterapparat, sondern auch einen vielstimmigen, mehrfach geteilten Chor (als Frauen-, Männer- und gemischter Chor verwendet), drei Gesangssolisten (Sopran, Alt und Tenor) und einen Rezitator (Sprechrolle). Ungeheuer sind die Anforderungen, die Honegger hinsichtlich der Trefflichkeit der schwierigsten Intervalle, hinsichtlich der Intonation und sicheren Selbstständigkeit im polyphonen Chorsange sowie bezüglich der rhythmischen Festigkeit und Schärfe und dynamischen Aufmerksamkeit an die Chorsänger stellt. Den Chören des Männergesangsvereines und der Musikakademie kann darum nicht genug Lob gesollt werden. Auch die mitwirkenden Solisten, — Fr. Swartins jubelnde Vernehmstimmigkeit fiel allen auf, — verdienen unbedingte Anerkennung für ihre Leistungen (außer Fr. Swart-

in noch Frau Schwarz und Herr Macha sowie Herr Ehrke in der anstrengenden Sprechrolle). Ueberflüssig zu sagen, daß auch das Orchester seine schwierige Aufgabe in bewunderungswürdiger Weise löste. Alexander Zemlinsky schließlich sei als der eigentliche Schöpfer dieser musikalischen Tat zu recht genannt; er war dem Werke ein begeisterter und begeisternder genialer Mittler.

Edwin Janetschek.

„Mida“ und „Tosca“ mit Alfred Piccaver und Violetta de Stroggi. Am 10. und 13. März wird Alfred Piccaver im Neuen deutschen Theater als Achabades in „Mida“ und als Cavaradossi in „Tosca“ auftreten. Auch die Titelpartien der beiden Opern werden von einem Gaste gesungen werden, n. zw. von der Primadonna der Berliner Staatsoper Violetta de Stroggi.

Einmaliges Gastspiel Richard Schubert. Der Direktion ist es gelungen, den Heldentenor Richard Schubert für ein einmaliges Gastspiel zu gewinnen, das er Donnerstag, den 4. März, in „Tristan und Isolde“ absolvieren wird. Die Isolde singt zum erstenmale Frau Fiska-Göhl.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag halb 8 Uhr „Mascottchen“, Samstag „Die Ansel der Affen“, Sonntag 1/3 Uhr nachm. „Der Orlow“, halb 8 Uhr „Zauberflöte“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag „Der wahre Jakob“, Samstag „Die Mama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Charles Tante“, halb 8 Uhr „Die Mama vom Ballett“, Montag „Phygmalion“.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Martinez und der Sozialistische Jugendverband.

Die kommunistische „Internationale“ hat am 19. Feber einen Brief des aus dem Jugendverbände ausgeschlossenen Karl Martinez an den Genossen Hofbauer veröffentlicht, dessen Inhalt belanglos ist, so belanglos, daß er nur dadurch Interesse zu wecken vermochte, daß ihn die Redaktion der „Internationale“ ein Bild beigefügt, das die Aufregung in einer sozialdemokratischen Redaktionsstube beim Eintreffen dieses Briefes darstellte. Nun, Aufregung hat es da wahrlich nicht gegeben, sondern nur ein wenig stille Feitertei, denn nach Stil, Rechtschreibung und Inhalt seines Briefes zu schließen hat Martinez wohl kaum das Zeug dazu, die Sozialdemokraten durch seine schriftlichen Arbeiten in Schreden zu versetzen, weil er offensichtlich die Volksschule ziemlich wackelig besucht hat. In der „Internationale“ freilich; nimmt sich der Brief ganz anders aus, weil er dort gründlich forgiert erschienen. Die Korrektur ging sogar soweit, daß eine kleine Fälschung mit unternahm. In der „Internationale“ sagt Martinez: „Drittens werde ich sehr gerne auf eine Stelle bei der S. J. verzichten.“ In der Zukunft auf den Genossen Hofbauer aber heißt es: „Drittens: Werde ich auch sehr gerne auf eine Stelle bei der S. J. verzichten.“ Die Fassung in der „Internationale“ wäre ganz sinnwidrig, weil ja Martinez gegenüber nie auch nur mit einem Worte von einer Anstellung die Rede war, und ein halber Alphabeth für einen Sekretärposten bei der sozialistischen Jugend nicht in Betracht kommt. Als Martinez aus dem Sozialistischen Jugendverbände ausgeschlossen wurde, behauptete die „Internationale“, Martinez sei eben erst zum Grup-

penobmann in Georgenthal gewählt worden. Auch das ist nicht richtig, sondern Martinez war im Sommer zum Vorsitzenden der Gruppe Georgenthal gewählt worden, er hat aber auf diese Funktion verzichtet wegen der Beitragserhöhung, also aus einem nicht gerade sehr „revolutionären“ Grunde.

Diesen „Revolutionär“ können wir getrost den Kommunisten überlassen, für die er weiterhin die ihm fix und fertig zur Verfügung gestellten Vorträge über Sowjetrußland halten mag.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag. Sonntag, den 28. Feber: Rikaner Wälder. Zusammenkunft 10.30, Abfahrt 10.55, Wilson. Führer: Loos. — Die Vereinsabende finden nunmehr am Mittwoch statt. Nächster am 3. März.

Turnen und Sport.

Aus der internationalen Arbeiter-Sportbewegung.

Die sozialpolitische Gesetzgebung der Nachkriegszeit, insbesondere die Einführung des Achtfundentages, hat zu einer mächtigen Entfaltung der Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung geführt. Eine der bedeutendsten ist die Arbeitersportbewegung geworden, die sich mit steigendem Erfolg bemüht, die sporttreibende Arbeiterschaft von der immer mehr versumpfenden bürgerlichen Sportbewegung und ihrer der Arbeiterklasse feindsinnigen Ideologie zu befreien. Die einzelnen nationalen Sportorganisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft haben sich auch zu einer Internationale, dem Internationalen sozialistischen Verband für Sport und Körperpflege (Luzerner Internationale) zusammengeschlossen, dem neben kleineren Gruppen auch folgende größere Landesverbände angehören:

- Deutschland mit 913.786 Mitgliedern, Oesterreich mit 141.016 Mitgliedern, Tschechoslowakei mit 153.188 Mitgliedern (zwei Landesorganisationen), Finnland mit 33.620 Mitgliedern, Schweiz mit 16.800 Mitgliedern, Belgien mit 16.100 Mitgliedern, Frankreich mit 17.402 Mitgliedern (zwei Landesorganisationen).

Daneben gibt es noch eine unter kommunistischer Führung stehende internationale Arbeitersportorganisation, die Rote Sport-Internationale, die aber außerhalb Rußlands nur in der Tschechoslowakei und Deutschland einigen Anhang besitzt.

Auf einem vom 31. Oktober bis 2. November 1925 in Paris abgehaltenen Kongreß der Luzerner Internationale wurde das Verhältnis zur kommunistischen Arbeitersportbewegung dahin geregelt, daß es den Mitgliedern der Luzerner Internationale gestattet ist, in jenen Ländern, in denen kein Verband der Luzerner Sportinternationale besteht, sportliche Wettkämpfe mit den Roten Sportinternationale angeschlossenene Arbeitersportvereinigungen unter gewissen Anteilen auszutragen. Mit den Verbänden, die sich von der Luzerner Internationale abgespalten haben, sind Wettkämpfe nicht gestattet.

Um eine weitere Ausdehnung der Arbeitersportbewegung zu ermöglichen, werden in der nächsten Zeit große Propagandaveranstaltungen vor sich

Deranggeber Dr. Ludwig Gzech.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert.

Druck: Deutsche Zeitungs-N.G. Prag.

Für den Druck verantwortlich: O. Holtz.

gehen. So wird in Wien in der Zeit vom 4. bis 11. Juli ein großes Arbeiter-Turn- und Sportfest und ein gleiches Fest in Bern in der Zeit vom 7. bis 9. August stattfinden, zu denen die übrigen, der Luzerner Internationale angeschlossenen Arbeitersportorganisationen eingeladen sind.

Schließlich wandte sich das Sekretariat der Luzerner Internationale auch an die anderen internationalen proletarischen Klassenorganisationen, um ihre Unterstützung zu erlangen. Vor allem wäre es wichtig, eine Ausdehnung der Arbeitersportbewegung in England zu ermöglichen. Gen. Henderson, der Sekretär der Labour-Party, erklärte sich zu jeder Unterstützung bereit und versicherte, daß bereits Maßnahmen getroffen wurden, die nicht verfehlen werden, in mehr oder minder kurzer Zeit günstige Ergebnisse herbeizuführen.

Das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Verbandes für Sport und Körperpflege befindet sich in Brüssel (Belgien). Als Sekretär ist Genosse Jules De Vlieger bestellt.

5. Kreis. Die für den 28. Feber angelegte Kreis-Vorturnerinnenrunde in Brüg findet in der Bürgerschule statt.

KINO-PROGRAMM vom 26. Feber bis 4. März:

Wran Urania-Kino 2075
Einziges deutsches Kino Prag.
„Später Frühling“ mit Fräulein Fredericks

LIDO 310 Elekta-Journal 301
Ihre kleine Exzellenz.
Entzückend Erlebnis eines aus-gelassenen Madchens.
Mädchen für Alles Lustspiel mit Pat u. Patheon.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Nejzanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
Der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Ulybrnaská
Konzert Nr. 1.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal. 1.01

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT
Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
Tischlergasse Nr. 6

Kleine Chronik.

Blitzlicht-Aufnahmen.

(Aus dem deutschen Rememor-Untersuchungsausschuß.)

Berlin, Ende Feber.

Interieur.

Ein langgestreckter Saal im Landtagsgebäude. Im Hintergrunde auf hohem Podeste Kolbe's Ebert-Büste, von der — merkwürdig! symbolisch? — ein satirisches Lächeln, halb Mitleid, halb Ironie, die Saalmitte überfliegt. Hier an hufeisenförmig gruppierten Tischen der Untersuchungsausschuß, im Brennpunkt des Hufeisens ein Zeugen-Tischlein mit Armfüßlercharakter; rechts vom Tribunal die Presse, links der Zuhörerraum. Ein trocken pedantischer Vorsitzender, interessierter, distinguierte Abgeordnete der Mitte, stets wie auf der Lauer liegende kesslere Typen der Linken, ständig in instinktiver Abwehr nervös zappelnde massive Vertreter der Rechten. Nicht weit auseinander ein kommunistischer Rechts-anwalt im Sportanzug mit Jäger-Halsali in den blauen Augen und ein völkischer Abgeordneter mit merkwürdiger Schädelbildung. Der ruhende Bol in der Erscheinungen flucht — der Stenographensch. Es kann losgehen — „Hufen Sie den Zeugen herein!“ Auf dem Pressetisch raschelt Papier; im Zuhörerraum steigt das Thermometer; der Vorsitzende murmelt von der Bedeutung des Eides. Am Zeugen-tisch pliziert sich ein Lächeln: „Mir kann keena!“

Behrens & Meyer.

Ein blindes Huhn würde auf deutsch-nationale Abgeordnete schämen. Behrens ist solide, massive Germanenercheinung, mit Anflug von Doppellinn und Genidfalie; in seinen Augenwinkeln sichert der Schalk. Rememor —? Kein Engel ist so rein, und mein Name ist Hase — id wech von nicht! Es handelt sich irgendwie um Kartoffelschunden! Außerdem schwimmt das Erinnerungsbild! Doch Schulz

mit Kartoffelgläubigern verwechselt wurde — wer kann dafür! Er nennt sich, Stolz in der Brust, „Arbeiterführer“ und Schulz „Führer von unerschrockenen Männern!“ Sein deutsches Herz mußte so was der Arbeiterbewegung zuführen. Er lächelt links, er lächelt rechts und wirft zur Mitte mit verstockten Anspinnungen — und geht! Meyer — markant an ihm der Schnurrbart, der schließlich nach Hindenburglinie strebt, sich aber nicht legt. Er hält Schulz für einen reinen Toren, nein, für einen armen Unschuldigen, dem das mitfühlende Herz die Gelder zupulsieren mußte! Sein grünblasses Gesicht überfliegt manchmal verärgertes Lächeln, wie ein arischer Buddha! Er spricht von reinen Wesen, Kartoffeln, Eignung von Offizieren für die Arbeiterbewegung und läßt sich im gegebenen Momente von der Erinnerung verlassen. Man lächelt liebevoll rechts und reißt sich Hände und Doppellinnsalzen; man boht links mit verdächtigem Fragen — auf Granit. Unentwegt schiebt der kommunistische Rechts-anwalt hoch und erhält freundliche Antwort in Minuszeichen; unentwegt schweigt der Völkische und lächelt mit feiner merkwürdigen Schädelbildung.

Von Jengen.

Er mach's mit Raffinement. Er „beanstandet Fragen“, er beruft sich auf „Geschäftsgeheimnisse“, er nimmt dem Vorsitzenden, der sich irritiert fühlt, die Kritik über „Zulässigkeit der Fragen“ ab. Er spielt mit Frage und Antwort! In offener Feindschaft blitzen seine Augen auf den Hufeisenisch; er kommt dem Tribunal mit der Strategie des alten Offiziers; nervöse Zukunfts floakern wie Irrlichter schließlich um seinen messerscharfen Mund, um seine feuchenden Augen. Er ist — von Jengen! Hat er die 5000 Mark für Schulz gegeben, hat er die Geme unterstügt, hat er mit Arbeitsergebnern „Gelbe geschmiert“ —? Alles Geschäftsgeheimnis! „Ich beanstande die Frage!“ Er jongliert gewandt mit Wortverdrehungen; die Rechte sekundiert. Offiziers-duell! Eins bleibt: „Man muß die Gewerkschaften in die Hände bekommen.“ „mit Geld“ — „Arbeit-gebergehelder verpflichten“, Es ist — militärische Organisation!

Von Oppen.

Es erscheint von Oppen. Alte Garde, Gesichtstyp halb Landknecht, halb Komödiant, ehrer, alter Offizierstyp! „Ich hab' mich ergeben mit Herz und Hand!“ Er kennt keine Schliche; er poltert frei heraus; es macht ihm Spaß, ehrlich zu sein. Mit blühendem Fridericusauge schließt er in den Ausschuß: „Schulz war mein Freund — gemeinsame Tätigkeit in der Schwarzen Reichswehr — habe Fonds, soviel ich will — bekomme überall Gelder — darf darüber verfügen, wies mir paßt — zu Schulz zu halten, ihm Geld zu schiden Ehrenpflicht — verrate keine Namen — trage für alles selbst (schlägt sich auf die Männerbrust) selbst die Verantwortung“ — usw.! Jedenfalls — kein Heimlicher, sondern, wie gefogt: uralte Garde! An sich ein Keel, der imponieren würde, wenn er nicht verbohrt wäre. Er sichert sich einen guten Abgang durch streng militärisches Zusammenklappen mit dem Haken vor dem Ausschuß. Es war allerhöchster Kasernenhof. Man dachte an veraltete Pöffen.

Beh.

Auf Beh reimt sich Ich! Hier stimmt es. Ueber dem Ausschuß lag Würde. Mit Beh verslog sie, und die Atmosphäre eines „Möllsch-Hannechen“-Theaters zog ein. Beh in der Rolle des Intriganten-Kaiserle. Mit Mongolenäugeln, teigrüner Gesichtsmaske, zusammengekniffenem Mundspalt, den glatten Schädel wie ein Boxer in Defensivpose vorgehoben. Er wollte den Ausschuß knod-outen. Erst macht er's mit Dummheit: „Was soll ich hier? Was sind das denn hier überhaupt für Leute, die mich vernennen!? Wo sind denn meine Verteidiger? Das ist ja ein Partei-Ausschuß? Ich bin Arbeitervertreter!“ Der Vorsitzende ist platt — er belehrt, beschwört, bittet, droht! Beh tut, als wisse er nicht, was der Ausschuß überhaupt sei, spricht ihm Befragungsrecht, überhaupt alles ab, verlangt Verteidiger usw.! Inzwischen hört man, daß derselbe Beh über den Darmat-Ausschuß — Artikel geschrieben hat! Da versucht er es mit Beschämtheit, er verzicht Fragen, versteht sie nicht, lächelt und macht Rententes! Als auch das nicht mehr geht, deckt er seine Karten auf

und verweigert die Beantwortungen: er ist „Geschäftsführer des Reichsverbandes vaterländischer Arbeiterverbände“ und pfeift auf den Ausschuß! Vor einem Gericht will er eventuell — aber hier nicht; denn — „was ist das hier denn überhaupt und — und wo soll das denn hin, wenn jeder fragen dürfte!“ Er hält den Schlüssel fest im Tor seiner Verschwiegenheit und hatte außerdem noch die Genugtuung, die gewünschten Verteidiger gefunden zu haben: die Herren der Rechten übernahmen salbungsvoll lächelnd das Amt. Nur eins vergah Beh — und darin verriet er sich: Verteidiger braucht ein Angeklagter — und er war als Zeuge gebeten! Verschämt grinsend, mit flüchtiger Triumphtorverbeugung, zog er ab . . .

Zuhörer.

Es sind viele da, die hier nichts zu suchen haben; und viele vernimmt man, die hier am Platz wären. Doch — einige sind da: so eine deutsche Männergestalt, sicherlich Gutsbesitzer, mit Monokel über dem hochgezogenen linken Mundwinkel, mit struppigem Schnägel zwischen Lipp' und Kehlbrand. Eine Art Oldenburg-Januschau! Um ihn wie Küken gedrängt fünf minderjährige Puschken in Windjacken, Rommihstiefeln, Wollwesten und zurückgelämmten Schwarzem Reichswehr-Haar. Weiter: vorn am Tisch ein paar distinguierte Herren, die sich eifrig Notizen machen, auf Briefbögen mit Aufschrift: „Verband der Metallindustriellen“. Vorn erzählt von Oppen von seinen Fonds, die er hat, die er kriegt, über die er verfügt. Meine teure Gattin stößt mich in die Seite: „Warum hast Du keine Fonds?? Alle haben sie Fonds! Jeder kriegt Fonds! Jeder verfügt über Fonds! Nur du nicht!!! Schäm dich! Du bist ein unprofittlicher Mensch!“ — — Sie hat recht: es lebe der Fonds! Jeder sein eigener von Oppen! Mit dem Hakenkreuz am Band und dem Güte in der Hand kommt man durch das ganze Land. Ich habe ab — merkwürdig, wie die frische Luft auf der Straße wohl tut, selbst vor dem Landtagsgebäude der Preussischen Republik . . .

Josef Maria Franz.